

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,- Goldmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Erläuterung und Kleinanzeigen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonntags, den 10. Januar 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Marx gescheitert!

Rechtsregierung Luther oder Weimarer Koalition?!

Amlich wird gemeldet: Feststellungen bei der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei haben ergeben, daß sie sowohl gegen ein aus Zentrum und Demokraten gebildetes Kabinett wie auch gegen das durch Staatssekretäre ergänzte bisherige Kabinett in schärfste Opposition treten würde.

Der Reichspräsident empfing im Laufe des abends den Reichsminister Dr. Stresemann, die Reichstagsabgeordneten Schiele und Hermann Müller und am Spätabend noch den Reichsfinanzminister Dr. Luther.

Den entscheidenden Anlaß für den Entschluß des bisherigen Reichskanzler Marx, seinen Auftrag an den Reichspräsidenten zurückzugeben, bildete eine Besprechung mit den bisherigen Kabinettsmitgliedern Stresemann, Luther, Brauns, Gehler und Hamn, in der sich herausstellte, daß diese die Fortsetzung der Bemühungen des Reichskanzlers für aussichtslos erklärten.

Der Tag vor dem 10. Januar, diesem schweren Schicksalstag deutscher Geschichte, hat uns zwei Ereignisse gebracht: den Skandal im preussischen Landtag und den Fehlschlag des von Herrn Marx unternommenen Versuchs, eine deutsche Reichsregierung zustande zu bringen.

Für alle Zeiten muß das festgehalten werden: In dem Augenblick, in dem sich ein sozialdemokratischer Ministerpräsident erhob, um vor aller Welt für das verkehrte Recht des deutschen Volkes einzutreten, haben die „nationalen“ Parteien einen noch nicht dagewesenen parlamentarischen Skandal entfesselt, indem sie den Saal verließen!

Die Sozialdemokratie hat mit dem alten Regime schwere Kämpfe auszufechten gehabt. Sie hatte ein Recht, aus tiefster Verbitterung zu sein. Außerdem aber war sie ja bekanntlich international und „vaterlandslos“. Aber vergebens wird man in ihrer Geschichte einen Fall suchen, in dem sie den gleichen Mangel an nationalem Takt und nationaler Würde bekundet hätte wie am 9. Januar die Deutschenationalen und die Deutsche Volkspartei.

Während die Volkspartei im Landtag dem Ministerpräsidenten Braun, mit dem sie drei Jahre zusammengearbeitet hatte, zeigte, was bei ihr „deutsche Treue“ heißt, vollzog sie im Reichstag dieselbe Demonstration gegenüber dem Zentrum und dem bisherigen Reichskanzler Marx.

Leider wurde Herr Marx schwach! Statt ein Kabinett aus Zentrum und Demokraten zusammenzuraffen und im offenen Parlament seinen Gegnern die Entscheidung zuzuschleiben, gab er seinen Auftrag an den Reichspräsidenten zurück.

Wie stehen die Dinge nun? Wir können in diesem Augenblick nur sagen, wie sie sich für die Sozialdemokratische Partei darstellen.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat durch Beschluß kundgegeben, daß sie die Wiederherstellung der Koalition von Weimar als den gegebenen Ausweg aus der verworrenen Lage betrachtet. An diesem Beschluß hält sie fest, mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Sie ist bereit, jeden Schritt zu tun, der mit einiger Aussicht auf Erfolg getan werden kann, um in der Deutschen Republik eine republikanische Regierung zustande zu bringen.

Sie wäre bereit gewesen und ist auch heute noch bereit, eine republikanische Regierung zu unterstützen, der sie nicht angehört. Eine solche Regierung war denkbar als eine Regierung von Zentrum und Demokraten unter Führung des Zentrums, sie ist auch heute noch denkbar als eine Regierung von Demokraten und Zentrum unter Führung der Demokraten. Die Sozialdemokratie hat sich, obwohl stärkste Fraktion des Reichstags und stärkste der republikanischen Parteien, wahrhaftig nicht vorgebracht. Sie hat nicht nach Art der Deutschenationalen die Türen der Reichsministerien Tag und Nacht umlagert, um den Moment zu erspähen, wo

sie hineinschlüpfen könnte. Sie hat nicht durch unzeitgemäße Aktivität die Entstehung einer republikanischen Regierung — sei es auch ohne ihre Beteiligung — gefährdet oder verhindert. Heute muß aber an das Zentrum und die Demokraten die Frage gerichtet werden, ob die 131 Sozialdemokraten weniger sind als die 111 Deutschenationalen, ob die 232 Republikaner der Weimarer Koalition sich selber geringer einschätzen als die 216 Abgeordneten, die rechts von ihnen sitzen, und ob die 163 Demokraten und Sozialdemokraten für Deutschland und die Republik weniger bedeuten als die 162 Deutschenationalen und Volksparteiler.

Die Sozialdemokratie hat sich bisher zurückgehalten. Heute, im Augenblick der Gefahr, kann sie aussprechen, daß sie nicht nur bereit ist, zur Verhütung dieser Gefahr mitzutun, sondern daß sie auch bereit ist, sich soweit vornean zu stellen, wie das von den anderen nichtmonarchistischen Parteien etwa gewünscht werden könnte.

Eine Regierung der Weimarer Koalition müßte jeden Tag um ihre Existenz kämpfen, gewiß! Sie könnte sogar gestürzt werden, gewiß! Aber das Elend der deutschen Politik rührt vielleicht zum großen Teil daher, daß man sich immerzu bemüht, eine unstützbare Regierung zu erfinden. Man sollte sich mehr an den Gedanken gewöhnen, daß die Übernahme der Regierung immer mit einem gewissen Risiko verbunden ist, in Deutschland für Linkspolitiker sogar mit dem, in einem Europa der Verleumdungen erstickt oder aus dem Hinterhalt erschossen zu werden. Warum sollte man sich da scheuen, vor den Reichstag zu treten aus Furcht, daß man unterliegen könnte, warum sollte man nicht lieber sagen: „Dem Mutigen gehört die Welt!“ und „Im Anfang war die Tat!“

Der preussische Ministerpräsident Braun hat sich durch den Mut, mit dem er, trotz aller schändlichen Wänder der „Nationalen“, nicht für seine Partei und nicht für sein Parteiführer, sondern für das Recht des deutschen Volkes eintrat, den Beifall aller anständig Denkenden gesichert. Vielleicht wird er mit seinem Kabinett fallen. Wird das ihm schaden? Wird das für die Parteien, die bis zuletzt zu ihm

gestanden haben, eine Schande sein? Es ist doch der Sinn des parlamentarischen Systems, daß man nur fällt, um stärker aufzustehen!

Das republikanische Deutschland würde es nicht verstehen, wenn die republikanischen Parteien einmüde, matt, mühsam zusehen würden, wie alles zum Chaos und zur Reaktion — beide Begriffe bedeuten annähernd dasselbe — hinuntergleitet. Es wird sich mit verstärktem Mut und neuer Begeisterung den Parteien oder der Partei zuwenden, die in der Stunde der Gefahr die Republik nicht im Stich läßt. Wofür und für wen sollen aber die Wähler kämpfen, wenn die Gewählten nicht kämpfen wollen?

Die Sozialdemokratische Partei ist bereit und entschlossen, für die Republik zu kämpfen in der Regierung oder, wenn Zentrum und Demokraten sich ihr versagen, in der Opposition. Diesen zweiten Weg zu betreten, würde ihr eine Regierung Luther sofort Gelegenheit geben. Hat es doch schon Herr Marx an Entgegenkommen an die Rechte wehrhaftig nicht fehlen lassen, dennoch hat die Rechte seinen Versuch einer Kabinettsbildung mit Hilfe des Herrn Luther zum Scheitern gebracht, weil ihr eben eine Regierung Marx überhaupt gar nicht rechts genug sein konnte. Das Vertrauen, das die Rechte Herrn Luther entgegenbringt, würde die Sozialdemokratie ihm automatisch verweigern müssen.

Ob nun Herr Luther den Auftrag erhält, wie schon in einem Teil der gestrigen Abendpresse vorausgesagt wurde, ob er ihn annimmt, durchführt oder auch mit ihm scheitert, ob sich das Zentrum zur Sache der republikanischen Politik zurückzieht oder ob es sie im Stich läßt — auf alle Fälle stehen die Zeichen auf Sturm. Auf alle Fälle muß die Masse des arbeitenden Volkes zusammenstehen, sie darf ihre Einigkeit nicht stören lassen durch kommunistische Quertreibereien, die ja an der Schwächung der Arbeitermacht die größte Schuld tragen, noch darf sie ihre Aufmerksamkeit von den großen politischen Entscheidungen ablenken lassen durch die Ständehetze von rechts und links.

Die Zeit ist ernst und wird noch ernster werden. Sie fordert Entschlossenheit und Geschlossenheit!

Deutschland handelspolitisch frei.

Der Termin des 10. Januar.

Heute — am 10. Januar 1925 — läuft die Frist ab, innerhalb der die Ententestaaten auf Grund des Friedensvertrages Anspruch auf die Meistbegünstigung mit Deutschland hatten. Deutschland ist von heute an handelspolitisch frei. Die wichtigsten wirtschaftlichen Paragraphen des Versailler Diktats, die heute außer Kraft treten, lauten:

Artikel 264.

Deutschland verpflichtet sich, die Waren, Natur- oder Gewerbeerzeugnisse irgendeines der alliierten oder assoziierten Staaten bei der Einfuhr in das deutsche Gebiet ohne Rücksicht auf den Abgangsort keinen anderen oder höheren Gebühren oder Abgaben einschließlich der inneren Steuern zu unterwerfen als denen, welchen die gleichen Waren, Natur- oder Gewerbeerzeugnisse irgendeines anderen der genannten Staaten oder irgendeines anderen fremden Landes unterworfen sind.

Artikel 265.

Deutschland verpflichtet sich ferner, in seinen Grundgesetzen für die Regelung der Einfuhr keine unterschiedliche Behandlung zum Nachteil des Handels irgendeines der alliierten oder assoziierten Staaten gegenüber irgendeinem anderen der genannten Staaten oder irgendeinem anderen fremden Lande einzutreten zu lassen, auch nicht mittelbar etwa durch eine Zollverwaltungs- oder Zollabfertigungserschwerung, keine Untersuchungs- oder Analysemethoden, keine Zahlungsvorschriften für die Gebühren, keine Tarifierungs- oder Tarifauslegungsgrundsätze oder durch Monopole.

Artikel 260.

Die Deutschland vorstehend durch Kapitel I und durch die Artikel 271 und 272 des Kapitels II auferlegten Verpflichtungen erlöschen fünf Jahre nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages, sofern sich nicht aus dem Wortlaut des Gegenteils ergibt oder sofern nicht der Rat des Völkerbundes spätestens zwölf Monate vor Ablauf dieser Frist entscheidet, daß die Verpflichtungen mit oder ohne Abänderung für einen weiteren Zeitraum aufrechterhalten bleiben.

Das handelspolitische System Deutschlands vor dem Kriege beruhte auf der Meistbegünstigung. Praktisch verfuhr die Zollpolitik dabei folgendermaßen: es wird ein sogenannter autonomer Zolltarif aufgestellt. Ist der autonome, zu deutsch „selbstgegebene“, nur von den eigenen Interessen diktierte Zolltarif fertiggestellt, so läßt sich die Regierung die Ermächtigung geben, auf Grund dieser Sache mit anderen Staaten über Handelsverträge zu verhandeln. Bei diesen Verhandlungen ermächtigt sie gegenüber anderen Staaten einen Teil der Zölle. Jeder einzelne Vertrag wird den gelegentlichen Körperschaften vorgelegt, die sich dann darüber schlüssig werden, ob den von uns gebotenen Zugeständnissen gleichwertige anderer Staaten gegenüberstehen. Da es sich dann nur um die Frage handelt, ob der Vertrag als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden soll, da ferner neue Verhandlungen die von einzelnen Interessentengruppen dringend geforderte Vertragsregelung lange Zeit hinauschieben würden, kommen so oft erhebliche Zollermäßigungen zustande. Diese Zollermäßigungen gelten zunächst theoretisch nur für den Staat, mit dem der Vertrag geschlossen wurde. In der Praxis aber hat sich der Brauch herausgebildet, daß Staaten, die miteinander Verträge abschließen, sich die Meistbegünstigung ausbedingen und daß diese Meistbegünstigung selbst in kürzer befristeten Abkommen vorgegeben wird. In solchen Verträgen wird dann festgelegt, daß der vertragsschließende Staat in den Genuss aller Vorteile tritt, die jetzt oder später vom anderen Staat dritten Mächten gewährt

werden. So wird die Zollermäßigung, die nur für ein Land festgesetzt wurde, allgemeingültig für die Staaten, mit denen Reichsbegünstigungsverträge zum Abschluss kommen.

Die bedeutende Rolle, die im deutschen Zolltarif von 1902 den Vertragszöllen zukam, sei mit folgenden Angaben beleuchtet. Vor dem Kriege bestanden langfristige Handelsverträge, die außer der Reichsbegünstigung auch Zollermäßigungen zum Gegenstand hatten, zwischen Deutschland und Russland (mit Finnland), Österreich-Ungarn, Belgien, Italien, Schweden, Rumänien, Japan, Portugal, Griechenland, Serbien, Bulgarien.

Dass Deutschland nach dem Kriege mit dem Abschluss von Handelsverträgen im Rückstand geblieben ist, erklärt sich zum größten Teil daraus, daß durch die Reichsbegünstigungsklausel des Friedensvertrages den Staaten der Entente und ihrer Freunde jeder Anreiz zum Abschluss von Handelsverträgen fehlte. Die Fremdstaaten genossen ja ohnehin alle Vorteile, die sie bei einem Abschluß und bei einem Handelsvertrage hätten erzielen können, und der Hang zur Selbstgenügsamkeit, der durch den Krieg ausgelöst und durch die Valutawirnis gestärkt worden war, hielt viele Staaten davon ab, langfristige handelspolitische Bindungen mit Deutschland einzugehen.

Mit dem 10. Januar beginnt eine neue Periode der deutschen Handelspolitik. Das deutsche Volk ist durch das Diktat von Versailles nicht mehr gehemmt, sich organisch mit seiner ganzen Produktionskraft in die Weltwirtschaft hineinzustellen. Die Handelsvertragsverhandlungen haben begonnen. Ueber die Tendenz der neuen deutschen Handelspolitik bestimmt das Parlament.

Die Schmach im Landtag.

Selbst die Volksparteiler schämen sich.

Die Demonstration des Landtags gegen die Nichträumung der Kölner Zone ist gestern von der deutschnationalen Fraktion und vom Fraktionsvorstand der Volkspartei zu einer ekelerregenden Posse herabgewürdigt worden, die bei den Koalitionsparteien tiefste Entrüstung und bei einem Teil der volksparteilichen Abgeordneten das Gefühl der Beschämung hervorrief. Ueber das lächerliche Schauspiel, das der Fraktionsvorstand der Volkspartei in einem Augenblick veranlaßte, in dem die Aufmerksamkeit der Welt auf den Landtag gelenkt werden sollte, berichtet das „B. L.“:

Als um 12 Uhr die Kluden den Sitzungsbeginn ankündigten, erschienen die beiden Reichsparteien im letzten Augenblick vollständig im Saal und spendeten dem Präsidenten des Hauses, dem Sozialdemokraten Boreis, am Schluß seiner würdigen Ausführungen demonstrativen Beifall. Dann aber kam die unerwünschte Sensation des Tages. Man erlebte einen Vorgang, der in der Parteigeschichte ohne Beispiel dasteht. Die Volksparteiler und die Deutschnationalen verließen in demselben Augenblick den Saal, als der Ministerpräsident Braun aufstand, um namens der preussischen Regierung zu der Kölner Frage grundsätzliche Stellung zu nehmen. In den Reihen des Zentrums war man zunächst verblüfft. Dann kam die Mitte des Hauses in Empörung auf. Der Vorgang wirkte um so grotesker, als selbst bei den Volksparteilern zunächst ein Teil in richtiger Erkenntnis der Ungehörigkeit des Verfahrens dem gegebenen Befehl nicht Folge leisten wollte. Diefen Parteiprotellern winkten ihre Freunde heftig zu. Dennoch ließen die Demonstranten der bisherige Finanzminister Dr. v. Richter und die Abgeordneten Meyer (Erfurt), Lange (Oberhausen), Krieger und Dr. Wiemer im Saal. Man schickte von draußen den Abgeordneten Pinkerneil darauf noch einmal in den Saal hinein, um die fünf herauszuholen. Aber sie weigerten sich mannhaft, obgleich Herr v. Campé schließlich sogar den Fraktionsdirektor ins Gefecht landete. Herr v. Richter und die anderen vier Volksparteiler waren nämlich im Gegensatz zu ihrer Fraktion der Auffassung, daß nationale Würde und politischer Anstand höher stehen als die Parteipolitik.

Die Geschichte vom Lustgreis.

Von Josef Maria Frant.

Es war einmal ein herrlicher alter Herr von 70 Jahren, ein verehrungswürdiger Greis, von allen geschätzt und mit der einem Menschen von unadelhaftem Lebenswandel gebührenden Achtung behandelt. Die Kinder grüßten ihn respektvoll, wenn die ältere Jugend ihn auch ein auseinanderfallendes Braut nannte; die Frauen verebellen ihre Gespräche durch Betrachtungen über den stiefelosen Greis; die Männer gaben neidlos die gipfelhohe Erhabenheit des Alten zu, der wie ein ungetriebener, feststehender Pol in der Erscheinung die Flucht über den Dingen und ledlichem Land zu stehen schien; die hohe Geistesfreiheit decorierte mit ihm ihre Predigten. Seine Nachkommen aber rühmten ihn als erstrebenswertes Musterbeispiel für geregelter gutbürgerlicher Lebensführung und insgeheim als Speicher künftigen Erbes.

Es war einmal ein Medizinmann namens Dr. Boronow, der nicht nur ein Freund des stillen Greises, sondern auch ein Schüler Steinachs war. Dieser Medizinmann sprach zu dem Greis: „Des Menschen Leben währet siebzig Jahre! 70 bist! Du' schön, wirste sterben! Wirste sterben in Ruhe und Schönheit! Denn ein Ruher warste und edel, hilfsreich und gut! Allen hofte geholfen, hofte genützt, nur der — Wissenschaft nicht! Wüßte deinem Werk die Krone aufsetzen —?“ Der Greis habberte, tappfte, grappfte, blinzelte und lallte: „Wieso wofor? Ich falle auseinander und hab' mir schon'n Satz gekauft mit 10 Proz. Rabatt! Wie soll ich da noch Krone aufsetzen —?“ — „Pass' auf!“, sagte der Medizinmann, „du läßt dich von mir verjüngen und dienst der Wissenschaft!“ Und es geschah also.

Es war einmal ein edler Greis — aber der „wor“ einmal ... Aus der Klinik hatte Boronow einen Menschen entlassen, der vermittleis seiner Brüste wie ein Mann in den besten Jahren dahinsprang, dunkelgelbte Haare hatte, aus sprühenden Augen Blitze funkte und vom Weibe merkwürdig gerührt wurde. Zuerst, als er zu Hause ankam und nach einem Schlaganfall der Portierfrau endlich im Klubfessel saß, überlegte er und trank dazu alten Bordeaux. Das Refuliat dieser Ueberlegung war, daß er feststellte (das Versuchsanzeichen, nicht der Vorbeugung): 1. war der bisherige Lebenswandel falsch, 2. muß das Leben also von der anderen Seite, der Leichten, genommen werden, 3. Müht nur einmal im Leben der Mal (wenn auch verspätet), 4. liebe die Liebe, der Weichheit, der Sufi, 5. was soll mein Geld und die Lust der Welt, wenn meine Erben sich das erwerben und 6. Auf ins Tivoli! Worauf der Experimentalgreis eine Tage kommen ließ, zum Staunen der Umwelt abgondelte, sich ein Monokel erwarb und einen quispfenden Smoking, beim Friseur der verjüngten Natur nachhelfen ließ, zwei Kinder sündiger Uebe engorgierte und dann im Tivoli landete. Glücklich fielen die Erfahrungen eines wohlaffortierten?

So steht die nationale Realpolitik des Dr. Stresemann und seiner Partei aus. Ein Trümmerhaufen im Reich und eine Affentomödie im Landtag an einem Tage, an dem gegen die Gewaltpolitik der — anderen protestiert werden sollte.

Reichspräsident und Reichstagspräsidium.

Der Zweck des Magdeburger Urteils.

Wie stets nach Konstituierung eines neuen Reichstags, stattete gestern das Reichstagspräsidium dem Reichspräsidenten einen Höflichkeitsbesuch ab. Die Deutschnationalen hielten sich entgegen ihrer bisherigen Gepflogenheit diesem Akt fern. Die Erklärung für diese Demonstration gibt eine deutschnationale Interpellation im Reichstag, in der der Besuch des Reichsministeriums beim Reichspräsidenten aus Anlaß des Magdeburger Prozesses ein Eingriff in ein schwebendes Verfahren genannt wird. Die auch von den Rechtslehrern mit Empörung zurückgewiesene Version, Gen. Ebert sei ein Landesverräter, wird damit offensichtlich aufrechterhalten, und damit kein Zweifel über den letzten Zweck der parlamentarischen Aktion besteht, lassen die Monarchisten von den Nationalsozialisten einen Antrag vorbereiten, der die Demission des Reichspräsidenten Ebert fordert.

Die Ausschüen der Monarchisten, bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl einen Statthalter der Monarchie auf den Präsidentenstuhl der Republik durchzudrücken, sind nach ihren Geständnissen die denkbar schlechtesten. Sie befürchten die Wiederwahl Eberts. Das soll mit allen Mitteln verhindert werden. Deswegen greifen sie — ohne Einspruch und mit Unterstützung der Prozeßleitung — zum Mittel der üblen Nachrede, der Verleumdung, der Diffamierung. Deswegen haben sie den Magdeburger Prozeß zu einem Haberdreibeien gegen den Reichspräsidenten und die Sozialdemokratische Partei mißbraucht. Deswegen läßt der deutschnationale Pfarrer Koch seine Sygria und Gobert aufmarschieren. Deswegen mißbrauchen sie das Magdeburger Urteil, gegen das Verurteilung eingelegt ist, dazu, Ebert zu diffamieren und seine Demission zu fordern.

Ihr Ziel ist Vernichtung. Ihr Mittel ist Verleumdung und Skandal. Sie wollen beweisen, daß Deutschland für die Demokratie nicht reif ist. Sie beweisen nur, daß sie selber für sie nicht reif sind!

Sozialdemokratische Anträge.

Zur Steuerfrage.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Reihe von Anträgen zur Steuerfrage eingebracht. So verlangt ein Antrag zur Lohnsteuer die Erhöhung des steuerfreien Betrages auf 100 Mark monatlich bzw. 24 Mark wöchentlich, ferner eine Abänderung des Steuerabzuges in der Weise, daß auch in den Fällen von Lohnausfällen infolge Arbeitslosigkeit, Krankheit, Kurzarbeit, Streik, Aussperrung usw. sowie bei den Saisongewerben der volle jährliche steuerfreie Lohnbeitrag im Wege des Lohnabzuges gutgebracht wird.

Ein Antrag zur Abänderung der Dritten Steuermotorenordnung bezuglich der Reichsteuer verlangt, daß künftig mindestens 20 Proz. der Friedensmiete (das ist etwa der Betrag, der schon jetzt in allen Ländern als Hauszinssteuer besteht) erhoben wird. Dieser Betrag soll aber nur zur Förderung des Wohnungsbaus, und zur Erhaltung alter Wohnanlagen Verwendung finden. Es wird ferner verlangt, daß ein Teil dieser Steuer als Reichsbeiträgen an bedürftige Schichten gewährt wird.

Ein Besatzungswort verlangt die Offenlegung der Steuerlisten, ein weiterer die Vorlegung einer Denkschrift über die Ergebnisse der Buchprüfung. Schließlich wird auch die Befreiung der Doppelbesteuerung der Genossenschaften bei der Umsatzsteuer beantragt.

Pause im Reichstag.

Der Vizepräsident des Reichstags beschloß gestern, da voraussichtlich die neue Regierung erst am Sonnabend gebildet sein wird, in den Verhandlungen des Reichstages eine zweitägige

Pause eintreten zu lassen mit der Maßgabe, daß der Präsident zur Wiederberufung ermächtigt wird, jedoch soll die nächste Sitzung spätestens am Mittwoch stattfinden.

Methoden der Verleumdung.

Wer liefert das Material?

Zunächst einige Vorbemerkungen. Gegen den Reichspostminister Dr. Höffe hat der Reichstag einen Untersuchungsausschuß eingesetzt. Dieser Ausschuß wird auch die Behauptung des „Tag“ von gestern abend nachprüfen, nach der Herr Dr. Höffe der Holzindustrie A. G., in deren Aufsichtsrat führende Zentrumspolitiker wie Dr. Josef Wirth und führende demokratische Reichstagsabgeordnete wie Dr. Ludwig Haas sitzen, 12 Millionen Goldmark aus den Geldern der Reichspostverwaltung geliehen habe.

Diese Behauptung verfolgt politische Zwecke, wie die Behauptungen der Rechtspresse überhaupt. Durch Verdächtigungen und Verleumdungen führender Politiker der Linken und der Mitte soll der Weg zum Bürgerblock geöffnet werden.

In diesem Feldzug der unbewiesenen Anschuldigung und Verdächtigung ist Methode. Es erhebt sich die Frage: wer liefert das Material? Wir meinen nicht das Material, das von Sensationspekulanten, von Querulanten und ähnlichen Gestalten beigebracht wird. Ernsthafter ist die Frage: wer erhielt die Rechtspresse amtliche Dokumente, die zu Verleumdungszwecken gegen den preussischen Innenminister und gegen den Reichspräsidenten ausgenutzt worden sind, wobei sich sehr rasch herausgestellt hat, daß die Verdächtigungen haltlos waren. Noch ernsthafter ist die Frage: woher erhielt die Rechtspresse Material über Dinge, über die nur die Staatsanwaltschaft Auskunft geben kann und Auskunft geben darf? Wie ist die Meldung der Hugenberg-Presse entstanden, die von einem Ermittlungsverfahren gegen Höffe, gegen Ministerialdirektor Abegg, gegen den Polizeipräsidenten Richter in der bestimmtesten Weise sprach. Wie kann die Rechtspresse über geschäftliche Beziehungen von Einzelpersonen Aussagen machen, über die Feststellungen nur zu machen sind an Hand des Aktenmaterials, das sich im Besitze der Staatsanwaltschaft befindet?

Es sind zwei Dinge scharf zu unterscheiden: erstens alle Bemühungen, deren Zweck es ist, Klarheit in den ganzen verworrenen Komplex der Beziehungen zu bringen, in denen Geschäft und Politik durcheinander spielen und die für die Debattezeit ebenso charakteristisch zu sein scheinen wie die verlustreichen Kreditbergaugen der Reichsbank und anderer öffentlicher Institute, durch die Stinnes und seinesgleichen Macht und Reichtum konzentriert haben, für die Inflationszeit. Zweitens die Versuche, die nötige Klärung zu verhindern, um von staatsanwaltschaftlichen Akten ausgehend einen politischen Feldzug gegen die Parteien der Linken und der Mitte zu führen. Das erste führt zur Befreiung — das zweite erhöht lediglich den Fieberzustand unseres öffentlichen Lebens. Die Justizbehörden, die die Untersuchung in den Fällen führen, die mit dem Staatsbankrott in Zusammenhang stehen, müssen streng darauf achten, daß sie der ersten Aufgabe zu dienen haben, und daß sie alles vermeiden müssen, was eine Begünstigung des politischen Verleumdungsfeldzuges der Rechtspresse sein würde — oder auch nur so erscheinen könnte.

Höfles Abschied.

Amisch wird gemeldet:

Der Reichspräsident hat den Reichsminister Dr. Höffe auf dessen Antrag vom Amt des Reichspostministers und des Reichsministers für die besetzten Gebiete entbunden.

Die Verleumdungen gegen den Reichspräsidenten.

Die Rechtspresse benutzt den Fall Barnat immer mehr, um ihre schmutzigen Akten gegen den Reichspräsidenten fortzuführen. Neuerdings will man dem obersten Beamten des Reiches

70jährigen Lebens über Bord, rapid senkte sich die Höhe seiner Konten; nach drei Monaten zahlte er, nach fünf konnte er Schimmy, nach neun schwebte ein Alimantenprozeß. Der verjüngte Lustgreis und Stammbonnet von Mädchen der Nacht und deren Vokalen verunzierte die Predigten der hohen Geistlichkeit. Die Kinder grüßten, wenn er aus der Lage torkelte; die Frauen mischten pikante Anekdoten in ihre Empörung; die Männer machten Sticlaugen, und seine Erben trugen sich mit Selbstmordideen.

Es war einmal ein verjüngter Greis, und er wäre heute noch hätte er sich nicht ins Delirium und in ein Sanatorium gelassen und wäre er darin und in Gottes unerforschlichem Ratsschlus nicht gestorben. Die einzigen, die ihm nachtrauerten, waren seine Erben: sie fanden abgehobene Konten und ausgeschufte Schulden.

Nachwort: Diese Geschichte könnte in puncto puncti veraltet und außerdem ein Märchen sein. Leider ist sie aber weder das eine noch das andere, sondern im Jahre des Heils 1924 gegen Schluß des Jahres, was den Schluß betrifft, in der Seinestadt Paris passiert. Der Märchenerzähler erzählte eine wahre Moritat.

„Und die Moral von der Geschichte —? Verjunge keine Greise nicht!“

50 Jahre Deutsche Seewarte Hamburg.

„Die Deutsche Seewarte meldet“ ... so lautet eine Wendung, die man häufig in den Zeitungen, namentlich in den Zeiten heftiger Stürme und Unwetter findet. Durch Reichsgesetz vom 9. Januar 1875 wurde eine bis dahin bestehende Privatanstalt „Norddeutsche Seewarte“ in Reichsbefehl übergeführt und die Deutsche Seewarte als Reichsinstitut für die Meteorologie des Meeres und der Seeküsten ins Leben gerufen. Außer der meteorologischen (wetterkundlichen) hat die Seewarte auch noch eine hydrographische (gewässerfundliche) und eine ozeanographische Abteilung. Ihre allgemeinen Aufgaben sind: Erforschung der Seewege, Aufklärung der für die Schifffahrt wichtigen Erscheinungen des Erdmagnetismus und der Abweichung der Magnetnadel, Herausgabe erdmagnetischer Karten, von Segelhandbüchern für die Schiffer, Prüfung und Bereitstellung nautischer Instrumente. Von besonderer Bedeutung für die Praxis ist der Wetterdienst und die wissenschaftlich begründete Vorherlage von Vhersagen in der Atmosphäre (die sog. Prognose) und Herausgabe von Wetterkarten. Während der größte Teil der binnenländischen Wetterdienststellen und Landeswetterwarten in der Verwaltung der Einzelstaaten steht, ist der gesamte Küstenwetterdienst und das Sturmwarnungswesen der Deutschen Seewarte, also der Reichsbehörde, unterstellt. Sie unterhält — heute auf drahtlosem Wege — die Verbindung mit den Seewetterstationen der ganzen Welt sowie mit einem Netz in- und ausländischer Beobachtungsstellen. Von besonderer Bedeutung ist in jüngster Zeit die Luftverkehrsberatung für Flugzeuge aller Art geworden. Auch die Führung des Amerika-Zepplins wurde während der Fahrt drahtlos durch die Seewarte beraten.

Vom Deutschen Hochschulfußball in Darmstadt. Nach Beendigung der Beratungen erstattete Prof. Dr. Schenk, Rüstler, den Jahresbericht. Er verteidigte den Verband gegen den Vorwurf, daß durch die Organisation die Individualität getötet werde. Dann wandte sich der Redner den neuen Problemen zu, die sich durch die bevorstehende Regelung aus Verträgen mit der römischen Kurie und den ewangelischen Bundeskirchen ergeben werden, und ferner gegen eine einseitige Weltanschauungsprofessur und verlangte, daß mindestens zwei weit voneinander entfernte Anschauungen vertreten seien. Prof. Schenk behandelte Vorlesungen mehr gesellschaftlichen Charakters über religiöse, philosophische Thematika oder bedeutende Persönlichkeiten. Weiter berührte er die wirtschaftlichen Probleme der Hochschulen sowohl für den Studenten wie für den Dozenten und die Frage der Verbesserungen. — Sodann sprach Dr. Peterken, ordentlicher Professor für Elektrotechnik an der Darmstädter Hochschule, über das Problem der Fern- und Kraftübertragung. Er lehrte sich für einen Ausbau der elektrischen Energie zwischen Norden und Süden ein, die mit 220 000 Volt zwischen Westfalen und Nordwürttemberg möglich sei. Es lagen schon Pläne zu 380 000 Voltleistungen vor, durch die die ungeheure Wasserkraft Stadinaniens nutzbar gemacht werden könnte. Doch bedürfte es zur Ueberwindung der Schwierigkeiten noch physikalischer Kenntnisse, die wir heute noch nicht besitzen. — Zum Schluß sprach Prof. Dr. Rother, Heidelberg, der auf die Geisteswissenschaften eingieng. — Nachmittags referierte Prof. Dr. Baudi über den Schulausschuß, tabelle die harte Ausprägung der Schulregeln und die Verschlebung des Nachdruckes auf die kulturumbildenden Fächer. — Als Vertreter der Studentenschaft nahm der Vorsitzende der deutschen Studentenschaft Bauer das Wort, der ein Referat über das Arbeitsgebiet der deutschen Studentenschaft hielt, wobei er sich auch eingehend über die bekannnten Unregelmäßigkeiten der Geschäftsführung aus sprach.

Für das nolleibende Personal der Volkoper, unter Aufsicht der leitenden Persönlichkeiten der Direktion, mit der Baalstr. 79 000 M. aus Vorbehaltenmitteln bereitstellen. Der Stadtvorordnetenversammlung wird eine entsprechende Vorlage zur beinhligen Beschlußfassung zugeben.

Vollbahne. Generalmusikdirektor Erich Kleiber wird im IX. Konzert der Volksbühne am Sonntag, 11. d. M., mittags 7, 12 Uhr im Theater am Bülowplatz das III. Brandenburgische Konzert von Bach, Gändels Konzert für Oboe und Beckenspieler sowie zur Aufführung bringen. Solist: Kammermusiker Gottfried Schreiber.

Vollschule Groß-Berlin. Der Kurkurs von Dr. Gullmann im Nordpark über Richard Wagners Musikdramen ist nach dem Reichstagsausser 6 und am den Montag verlegt. Beginn am 12. Januar, 8 Uhr.

Der Leiter der Großen Berliner Kunstausstellung 1925. An Stelle von Hans Baluschek, der von der Leitung der Großen Berliner Kunstausstellung 1925 zurücktrat, ist Professor Karl Langhammer, der Berliner Wandmalerei, zum Vorsitzenden der Ausstellungskommission ernannt worden. Der Künstler hat schon vor dem Kriege mehrfach die Glaspalastausstellungen geleitet.

Paul Gellner, Viktorial. 35, eröffnet am Sonntag, den 11. d. M., eine Ausstellung alter Meister, in der bedeutende Werke von Drouwer, van Goyen, Greco, Frans Hals, Poussin, Rubens, Terborch, Jordaens und anderen gezeigt werden.

unterschieden, ein Dauervisum für Barmat erwirkt zu haben. Dazu wird mitgeteilt, daß im Bureau des Reichspräsidenten wohl ein Gesuch um Bewilligung eines Dauervisums eingelaufen ist. Dieses Gesuch ist aber dem Reichspräsidenten nicht zu Gesicht gekommen, sondern ist auf dem gewöhnlichen Dienstwege dem zuständigen Auswärtigen Amt zugeleitet worden. Barmat hat also im Bureau des Reichspräsidenten keine andere Behandlung erfahren als andere Gesuchsteller auch.

Nachmal: Minister Severing und die Barmats.

In den letzten Tagen wurde in der Presse im Zusammenhang mit der Barmat-Angelegenheit ein Erlaß des Ministers Severing aus dem Jahre 1920 veröffentlicht. Da dieser Erlaß in Verbindung mit einer kurz zuvor veröffentlichten Erklärung des Ministers Severing zu tendenziösen und einseitigen Kommentaren von einem Teil der Presse ausgenutzt wurde, teilt der Amtliche Preussische Pressedienst zu der Vorgeschichte des Erlasses das Folgende mit:

Ausweislich einer in den Akten befindlichen, erst auf die Wiedergabe des Erlasses vom 24. November 1920 in der Presse veröffentlichten kurzen Zusammenfassung an den zuständigen Referenten des Ministeriums des Innern vom 23. November 1920 ist Minister Severing von einem hervorragenden Mitglied eines früheren Reichstages gebeten worden,

sich dafür zu interessieren, daß der Familie eines Herrn Barmat von der holländischen Gesandtschaft bei einer Durchreise von Rußland durch Deutschland nach Holland keinerlei Schwierigkeiten bereitet werden; die Familie bestiehe aus vier Erwachsenen und drei Kindern. In gleichem Sinne sei bereits mit dem Leiter der zuständigen Abteilung des Auswärtigen Amtes Verbindung aufgenommen worden, dieser habe seine Zustimmung zu der Durchreise erteilt und gleichzeitig gebeten, dies auch von Preußen zu veranlassen.

Dieser Bitte ist, wie in solchen Fällen üblich, stattgegeben worden in der selbstverständlichen Annahme, daß die dazu gemachten Angaben den Tatsachen entsprechen.

Demgemäß bestimmt auch der in der Presse wiedergegebene Erlaß, daß der Durchreise durch Preußen keine Bedenken entgegenstehen, in der Voraussetzung, daß die betreffenden Personen sich im Besitze ordnungsmäßiger Ausweispapiere befinden.

Irgendeine weitere Beziehung des Ministers oder eines der bei der Bearbeitung beteiligten Beamten zu dieser Angelegenheit oder zu den Barmats überhaupt bestand in keiner Weise. Barmat und seine Familie waren im Ministerium des Innern völlig unbekannt.

Gläubigerversammlung in Moabit.

Da die finanzielle Lage des Barmat-Konzerns im Interesse der Konzernfirmen und der Arbeiterchaft eine Stützungsaktion größeren Umfangs erforderlich macht, fand, wie die BS-Korrespondenz mitteilt, am Freitag eine Versammlung der Gläubiger des Barmat-Konzerns statt, an der Julius Barmat mit seinen Rechtsanwältinnen teilnahmen. Wie wir erfahren, handelt es sich besonders um eine Intervention bei der Reichsbank und einigen bekannten Metallfirmen, für die in Anbetracht der Rentabilität und der Fortführung des Betriebes wohl ein Eingreifen unbedingt notwendig werden wird. Julius Barmat erklärte im Falle der Zustimmung der Gläubiger die erforderliche Deckung für finanzielle Neuverpflichtungen stellen zu können. Die Besprechung ging aber ergebnislos aus. Sollte zwischen den Gläubigern kein Einverständnis hergestellt werden können, so wird nach der Auffassung maßgebender Finanzkreise sehr wahrscheinlich die Reichsbank einspringen müssen.

Kampf um den Mieterkauf.

Sozialdemokratische Obstruktion.

Wien, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im Justizauschuß des Nationalrats fand am Freitag durch Anwesenheit des christlichen Ödmanns ein christlichsozialer Antrag auf Aufhebung des Mieterkaufes auf der Tagesordnung. Als der sozialdemokratische Abg. Kusterlich zu Beginn der Sitzung zur Geschäftsordnung dagegen Einspruch erhob, daß der bisherige Liebling zu wider nicht sozialdemokratische Anträge, die an der Reihe waren, zur Beratung kamen, sondern der christlichsozialer Antrag, entzog der Ödmann dem Redner nach fünf Minuten das Wort. Da die Geschäftsordnung keine Bestimmung kennt, die dem Redner zur Geschäftsordnung nur fünf Minuten Redezeit gewährt, griffen die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder gegen dieses Vorgehen des Ödmanns zu den schärfsten Mitteln der Obstruktion. Als der Ödmann trotzdem den Abg. Kusterlich nicht weiterreden lassen wollte, verhinderten die Sozialdemokraten die weitere Beratung durch unangehörigen Lärm, wozu sie aus nahegelegenen Sälen Musikinstrumente, Pfeifen und Hüpen herbeiholten. Während der Sozialdemokraten mit ihrer Musik fortjöhren, gelang es unserem Fraktionsführer Seib die christlichsozialen Führer davon zu überzeugen, daß ihr Ödmann die Geschäftsordnung verletzt habe. Dieser mußte schließlich im Ausschuß die Erklärung abgeben, daß sein Vorgehen geschäftswidrig war, worauf Kusterlich weiterreden konnte. Er sprach aber aus Obstruktion gegen die Tagesordnung nicht nur während der ganzen Vormittagspause, sondern auch den ganzen Nachmittag, und auch in den Abendstunden setzten er seine Rede noch fort. Außerdem sind förmliche sozialdemokratische Mitglieder des Ausschusses zur Geschäftsordnung zum Wort gemeldet und werden gegebenenfalls die ganze Nacht durchreden. Die gleiche Obstruktion gegen das Verhalten der christlichsozialen werden sie nach Beendigung der Geschäftsordnungsdebatte bei der Beratung des christlichsozialen Antrages fortsetzen.

Wien, 9. Januar, 9 Uhr abends. (Eigener Drahtbericht.) Sen. Kusterlich hat bis 11 Uhr gesprochen; darauf machte Sen. Deutner längere Ausführungen. Um 7 Uhr wurde die Weiterberatung auf morgen, Sonnabend, vertagt.

Deutsch-belgische Gewerkschaftskonferenz.

Handelsvertrag und Achtstundentag.

Brüssel, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In Brüssel kamen am Freitag Vertreter der deutschen und der belgischen Gewerkschaften zusammen, um über die deutsch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen zu sprechen. Sie waren sich einig in dem Gedanken, in ihren Ländern alle Bestrebungen zu bekämpfen, die auf handelspolitische und wirtschaftliche Feindschaft hinauslaufen. Die Vertreter der Gewerkschaften beider Länder werden ihren Verbänden über die Verhandlungen sofort Bericht erstatten, damit diese feststellen können, was im Sinn der beschlossenen Richtlinien, über die vollkommene Einigkeit herrsche, geschehen kann. Es soll nach Bedarf schnellstens eine neue Zusammenkunft stattfinden.

Ein Teilnehmer der Konferenz teilt uns zu diesem offiziellen Kommuniqué noch ergänzend mit: Die belgischen Gewerkschaftler wiesen mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß die

Durchbrechung des Achtstundentags in Deutschland eine willkommene Waffe für die belgischen Industriellen sei.

Um die belgische Arbeiterchaft gegen ihre deutschen Klassengegner aufzuklären. Der Kampf um die Wiederherstellung des Achtstundentags sei darum für die Arbeiterchaft der beiden Länder von der gleichen Wichtigkeit wie der Abbruch von Handelsverträgen, die den wechselseitigen Austausch der Güter erschweren. Die Konferenz, die in einmütiger Entschlossenheit und vollster Harmonie verlief, ging in dem Bewußtsein auseinander, erfrischende Arbeit im Interesse der Arbeiterchaft beider Länder geleistet zu haben.

Der Auswärtige Ausschuß.

Verhandlung über die Nichträumung.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags trat gestern um 10 Uhr zu seiner bereits angekündigten Sitzung unter dem Vorsitz des Abg. Hergt (Dnll.) zusammen. Gleich nach der Eröffnung der Sitzung nahm Minister Dr. Stresemann das Wort zu ausführlichen Darlegungen über die politische Lage, insbesondere die Fragen der Räumung der ersten Zone und des Handelsvertragsprovisoriums mit Frankreich. Die Ausführungen des Ministers waren vertraulicher Natur. In den Vordergrund seiner Betrachtung rückte der Minister die Tatsache, daß die angeblichen deutschen Verfehlungen in der Entwaffnungsfrage von den Alliierten nur angedeutet seien, ohne sie im einzelnen anzugeben. Er betonte ferner das große Mißverhältnis, das zwischen der angeblichen Nichterfüllung der Einzelheiten in der Entwaffnungsfrage und des daraus resultierenden Ententes ansonsten außerordentlich harten Folgerung der Nichträumung der Kölner Zone zu konstatieren sei. Angesichts der unabweisbaren Tatsache der durchgeführten Entwaffnung Deutschlands entspräche solche Handlungsweise keiner objektiven und loyalen Auslegung des Artikels 429 des Versailler Vertrages.

In der Aussprache, die dann folgte, wurde u. a. vom Grafen Westarp (Dnll.) die deutsche Antwortnote vom 8. Januar kritisiert, die den glatten Vertragsbruch der Ententemächte gegenüber Deutschland nicht klipp und klar als flagranter Verletzung der Bestimmungen des Versailler Vertrages bezeichnet hätte. Im weiteren Verlauf der Sitzung sprachen die Abg. Graf Bernstorff (Dem.), Dauch (Dsp.), Dr. Breitscheid (Soz.), worauf Außenminister Dr. Stresemann in einem Schlusswort antwortete. Alsdann vertagte sich der Ausschuß auf heute 12 1/2 Uhr.

Völkerbundliga gegen Nichträumung.

Ungerecht, unrichtig und unklug.

Das Präsidium der Deutschen Liga für Völkerbund beschloß folgende Rundgebung:

Die alliierten Regierungen haben auf Grund allgemeiner Vorwürfe wegen Nichterfüllung militärischer Friedensbedingungen den Kölner Brückentopf nicht geräumt. Die Anwendung des Art. 429 Abs. 1 des Versailler Vertrages steht auch dann, wenn ihre Behauptungen zutreffen, im ärgsten Mißverhältnis zu den behaupteten Verfehlungen und ist ungerecht.

Die Schwierigkeiten innerpolitischer, außenpolitischer und rein militärischer Art, vor denen die alliierten Regierungen selbst in der Räumungsfrage stehen, hätten im Geiste der von uns erstrebten europäischen Zusammenarbeit beigelegt werden können. Demgegenüber wirkt die Begründung der Nichträumung nur mit Verfehlungen Deutschlands wenig überzeugend.

Das Verhalten der alliierten Regierungen ist wesentlich beeinflusst von der immer noch vorhandenen Vorstellung, die Sicherheit der Sieger sei bedroht. Dennoch vermeiden diese Regierungen, den Art. 5 des Art. 429, der hier von handelt, heranzuziehen, weil Deutschland tatsächlich abgerüstet ist und selbst Verfehlungen gegen die militärischen Bestimmungen diese Tatsache nicht mehr beeinträchtigen können. Die Begründung der Nichträumung ist also auch nicht richtig.

Militärisch kann Deutschland kein anderes Land bedrohen, am wenigsten Frankreich mit seiner neuen Heeresorganisation. Moralisch besteht eine Gefahr nur, wenn die Kräfte, von denen eine solche Bedrohung ausgehen könnte, neuerdings gestärkt werden. Das geschieht durch das Verhalten der alliierten Regierungen. Die Nichträumung ist also auch unklug.

Diese den Kriegsvorstellungen entstammende Verchiebung einer wirklichen Lösung schafft nur neue Schwierigkeiten. Sie steht politisch und psychologisch im Gegensatz zu der mit dem Genfer Protokoll begonnenen Entwicklung, die den ersten Ansatz zu einer positiven Lösung geschaffen hat. Gerade angesichts der Gefährdung deutschen Gebietes ist es die dringliche Aufgabe der deutschen Oeffentlichkeit, auf die Mitarbeit Deutschlands an der Ueberwindung des Krieges, der Kriegsmethoden und der aus ihnen entstehenden Kriegsgefahren zu dringen. Der gegebene Anknüpfungspunkt für diese Bemühungen ist der Völkerbund.

Die Handelskammern von Köln und Aachen protestieren gegen die Nichträumung der Kölner Zone.

Die Auffassung in Paris über Stresemanns Antwort.

Paris, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im Gegensatz zu dem gefälligen Pressefeldzug in dem weitaus größten Teil der Pariser Blätter findet die deutsche Antwort auf die Note der Botschafterkonferenz über die Nichträumung der Kölner Zone in politischen Kreisen eine sachlich ruhige und gerechte Beurteilung. Man erkennt besonders den höflichen Ton der Antwortnote an und die Logik ihrer Beweisführung. Vielfach wird zugegeben, daß der deutsche Standpunkt, die Nichterfüllung der Räumungsfrist könne nur mit wirklich schweren Verfehlungen gegen den Friedensvertrag begründet werden, unannehmbar sei und daß deshalb die Alliierten nachzuweisen verpflichtet seien, daß die festgestellten Lücken in der Ausrüstung tatsächlich den Charakter einer Verletzung des Friedensvertrages trügen. In den der Regierung nahestehenden Kreisen versichert man, daß Deutschland Gelegenheit haben werde, seine Argumente geltend zu machen, d. h. daß keineswegs ein neues Diktat beabsichtigt sei, sondern Bereitschaft bestehe, mit der deutschen Regierung über die Beilegung des Konflikts zu verhandeln. Zwischen London und Paris scheint im Augenblick ein Meinungs-austausch darüber stattzufinden, ob die weitere Behandlung der Angelegenheit der Botschafterkonferenz überlassen oder nicht vielmehr den alliierten Kabinetten selbst vorbehalten bleiben soll.

Bedauerlich ist, daß auch diesmal wieder die Linkspresse sich von dem Gehörsel der nationalistischen Organe fortziehen läßt. Mit schönen Phrasen und der ewigen Beteuerung der Verständigungs-bereitschaft allein läßt sich eine Politik der Verhöhnung nicht machen. In wohlwollendem Gegensatz zu der Stellungnahme des „Quotidien“ stehen die Auslassungen der „Information“, die der deutschen Antwort in vollem Umfang gerecht wird und rückhaltlos zugibt, daß der einzige Grund für die Nichträumung der Kölner Zone der Umstand sei, daß die Räumung militärisch unmöglich sei, solange die französischen Truppen im Ruhrgebiet ständen.

In einer Besprechung der Note der Botschafterkonferenz über die Nichträumung der Kölner Zone weist der „Manchester Guardian“ vom 7. Januar auf einen wichtigen Umstand hin, dem u. E. in Deutschland zu wenig Beachtung geschenkt worden ist: Indem die Note besagt, daß die Räumung nur wegen der militärischen Verhältnisse Deutschlands hinausgeschoben werde, enthält sie zugleich die Versicherung, daß die Räumung nach der Abstellung dieser Verhältnisse erfolgen werde. Damit sei aber die bekannte These Poincarés endgültig erledigt, wonach die Räumungsfristen überhaupt noch nicht zu laufen begonnen hätten.

Diese Feststellung des führenden englischen liberalen Blattes ist in der Tat von großer Wichtigkeit. So entschieden man auch in Deutschland gegen die Nichträumung und ihre

unaufrichtige, mangelhafte Begründung Stellung nehmen muß, so verfehlt wäre es, wollte man die Bedeutung dieser Feststellung unterschätzen. Es ist nicht lange her, daß Poincaré als Ministerpräsident diese grausame Theorie vertrat und nicht nur mit deutschen Verfehlungen, sondern sogar mit dem Nichtzustandekommen des in Versailles vereinbarten französisch-englisch-amerikanischen Garantiepaktes begründete. Solange Poincaré regierte, wagte keine Entente-Regierung offiziell und öffentlich gegen diese These anzukämpfen, die zwar dem gesunden Menschenverstand widersprach, aber mit rabulistischen Abokatenargumenten begründet werden konnte. Auch die deutsche Regierung hatte es bisher vermieden, eine internationale Entscheidung über diesen Punkt zu erzwingen, weil die Gefahr bestand, daß geriffene Buchstabenjuristen den Argumenten Poincarés folgen könnten.

Erst vor wenigen Tagen, in einer der letzten Dezember-sitzungen der französischen Deputiertenkammer hatte der nationalistische Abgeordnete Louis Marin einen Vorstoß nach dieser Richtung unternommen und versucht, die Regierung Herriot auf diese These festzusetzen, was glücklicherweise mißlang. Jetzt darf mit Genugtuung festgestellt werden, daß durch den Beschluß der Botschafterkonferenz, so unerfreulich und todesunwert er sonst sein mag, die Bevölkerung des besetzten deutschen Gebietes vom Alpdruck der unmenschlichen These Poincarés endgültig befreit ist.

Allerdings wäre eine Praxis, die darauf hinausläufe, Poincarés Theorie durch allerhand Bormände gegen die Räumung zu verwirklichen, im Endergebnis nicht besser!

Branting an das Saarland.

Saarbrücken, 9. Januar. (WZ.) Der Landesrat des Saar-gebiets hatte aus Anlaß der Erkrankung des schwedischen Ministerpräsidenten Branting, der als Mitglied des Völkerbundes sich um die Rechte der Saarbevölkerung große Verdienste erworben hat, an diesen ein Begrüßungstelegramm mit dem Wunsch baldiger Genesung gerichtet. Auf dieses Telegramm ist folgende Erwiderung eingegangen: Von Ihren freundlichen Grüßen tiefgerührt, beehre ich mich, meine Dankbarkeit auszusprechen mit der Hoffnung, daß der Gedanke der Völkerverständigung immer mehr zur Geltung kommen möge. Hjalmar Branting.

Wiedereinzug der Opposition.

Zum Kampf gegen den Faschismus.

Rom, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Meinungs-verschiedenheiten innerhalb der geeinten Opposition über die Frage, ob man ins Parlament gehen soll oder nicht, sind nunmehr beseitigt. Die Opposition ist gewillt, beim Zusammentritt des Parlaments am 13. Januar in der Kammer zu erscheinen.

Russolins Thrase in dem Kommuniqué des Ministerrates vom Montag, wonach die Kammer nach der Annahme des Wahlgesetzes aufgelöst werden könnte, hatte die Auffassung erzeugt, daß die Kammer bald aufgelöst werden würde. Am Freitag abend wird halbhoffig mitgeteilt, daß Russolins „banke“ nur eine Möglichkeit und nicht einen festen Beschluß bedeute, da die Auflösung ein Vorrecht der Krone sei und nicht vom Ministerrat abhängt. Russolins „Popolo d'Italia“ schreibt, daß die

Neuwahlen wahrscheinlich im November stattfinden würden. Die eigenartige Tatsache, schon fast ein Jahr vorher von Neuwahlen zu sprechen, zeigt, daß bei Mussolins Stellungnahme zu Auflösung und Neuwahlen mindestens nicht alles kaputt. Die Betonung des Vorrechts der Krone gewinnt besondere Bedeutung, da der „Corriere della Sera“ es für wahrscheinlich hält, daß der König sich bereits schlüssig geworden sei. Allgemein wird festgestellt, daß der Matteotti-Prozess jedenfalls vor den Neuwahlen erledigt sein muß. „Popolo d'Italia“ verlangt, daß die Verfasser des Oppositions-manifestes wegen Hochverrats vor das Gericht gestellt werden.

Die „Duce Repubblica“ (Republ. Stimme) ist durch eine Resolution des Präsidiums aufgehoben worden. Es ist dies die erste Maßregel dieser Art.

In dem Dorf Vereca haben faschistische Banden kommunistische Arbeiter durch Belästigungen und Beschäftigungen provoziert. Es kam zu blutigen Zusammenstößen, in denen ein Kommunist getötet und mehrere verwundet wurden. Die Polizei, die dem Kampf ein Ende machte, ließ die Faschisten laufen und verhaftete die Kommunisten.

Pluralwahlrecht!

Rom, 9. Januar. (WZ.) Der Kammerauschuß für die Wahlreform hat elf Kategorien festgesetzt, denen eine zweite Stimme zufällt. Eine solche haben die Mitglieder von wissenschaftlichen Akademien, Oberlehrer, Absolventen, Besitzer von Kriegsauszeichnungen, Offizial- oder Gemeinderäte und Mitglieder von Handels- oder Agrarkammern nach einjähriger Funktion, ferner Herausgeber von Zeitungen nach deren einjährigem Bestand und Journalisten, die ein Jahr in eine Organisation eingeschrieben sind, verantwortliche Leiter von Banken und technischen Institutionen, die über deren Institut seit mindestens zwei Jahren wenigstens hundert Lire jährlich Steuern zahlen, endlich Familienälteste mit fünf lebenden oder im Kriege gefallenen Kindern. Eine dritte Stimme haben die Mitglieder der königlichen Familie und die Kardinal-Äbte, Besitzer der goldenen Kriegsmedaille und anderer hoher Militär- und Zivilauszeichnungen, Senatoren, Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete, Universitätsprofessoren und endlich alle, welche bei der Krönung für eine zweite Stimme auf sich vereinigen.

Die Verfolgungen.

Rom, 9. Januar. (WZ.) Nach dem „Corriere d'Italia“ verordnete der Präsekt von Mailand die Schließung von 25 Weinstuben und ließ 100 Personen verhaften und bei 300 Hausdurchsuchungen vornehmen. In vielen Restaurants wurde der Betrieb beschränkt. Dasselbe Blatt meldet aus Bologna, daß die Hausdurchsuchungen fortgesetzt werden.

Attentat auf Sinowjew!

Sinowjew unterliegt, der Attentäter verhaftet.

St. Petersburg, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In Petersburg ist ein Revolventenattentat gegen Sinowjew verübt worden. Der Attentäter hat zwei Schüsse abgegeben, die aber beide fehlgingen. Er ist sofort verhaftet worden.

Die Folgen des Kowalputsches.

Reval, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In den letzten Tagen sind hier weitere 29 Kommunisten wegen Beteiligung an dem Kowal-Putsch verhaftet worden. Der Justizminister hat einen Gesetzentwurf zum Schutz des Staates ausgearbeitet. Darin ist vorgesehen, daß sämtlichen Organisationen, die irgendwie mit der 3. Internationale in Verbindung stehen oder den Zweck verfolgen, die bestehende Staatsordnung auf illegalem Wege zu stürzen, die Betätigung verboten wird. Ebenso wird ihnen verboten, sich im Parlament oder in den Gemeindevertretungen durch Abgeordnete zu betätigen (?). Die vorgesehene Strafen sind außerordentlich streng. Die Vorlage soll dem Parlament beschleunigt zugewandt werden.

Behen wir einer Kohlennot entgegen?

Es will nicht recht Winter werden. Keine weiße Schneedecke deckt den Erdboden. Die Regengüsse, die in den letzten Tagen über uns hinwegbrausen, haben keinen Temperaturwechsel gebracht. Nahe aber über kurz oder lang doch die Kälte herauf, so geht man zum Kohlenhändler und bestellt dort den notwendigen Bedarf. Doch das dürfte diesmal leichter gesagt als getan sein. In den letzten Wochen ist das Gerücht aufgetaucht, in Berlin herrsche Kohlenmangel, denn die Konjumenten könnten nicht voll beliefert werden. Die Frage, was soll werden, wenn Frost eintritt, tritt jetzt in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Wir haben uns darauf mit maßgebenden Stellen des Kohlenhandels in Verbindung gesetzt und folgendes in Erfahrung gebracht.

Keine Vorräte.

Der Bedarf an Braunkohlen konnte noch nie richtig gedeckt werden, weil eben die Braunkohlensläge nicht ausreichen. Der eigentliche Grund, warum jetzt ein Mangel an Kohlen herrscht, ist jedoch darin zu suchen, daß niemand, weder das Privatpublikum noch das Gewerbe, bis Anfang Oktober Kohlen für den Winter eingekauft haben. Im Sommer dachte man nicht daran, auf Vorrat zu kaufen, weil immer wieder angenommen wurde, daß eines Tages eine Preislenkung auf dem Kohlenmarkt eintreten könnte. Und so kam der Winter. Die erwartete Kälte blieb aus, so daß der Bedarf an Hausbrandkohle nur gering war. Die Gruben, die auf Vorrat gearbeitet hatten, sahen nun da und muhten — man höre und staune — ihr Abfahrgebiet zum Teil ins Ausland verlegen. Doch das nützte nichts. Feterschichten wurden eingelagert, denn die Industrie kaufte ebenfalls nichts. Angeblich: Produktionsmangel. Nur wenige Großhandelsfirmen hatten vorausgesehen, daß es eines Tages auch mal anders kommen würde, und ließen sich deshalb einige Tausend Tonnen Kohlen auf Lager kommen, was aber, weil es eben nur wenige Taten, für eine Millionenstadt wie Berlin nicht mehr bedeutet als ein Tropfen auf den heißen Stein. Ueberall herrscht jetzt große Nachfrage nach Kohlen, und der Kleinhändler hat alle Not und Mühe, seine Kundschaft zu befriedigen. Zwei Beispiele mögen die Lage am Kohlenmarkt illustrieren: 1. Die Niederlausitzer Gruben hatten im Sommer etwa 300.000 Tonnen auf Lager. Ende Oktober jedoch stellte man nur noch 20.000 Tonnen fest, die aber auch inzwischen den Weg zum Konjumenten gefunden haben. 2. Zurzeit findet in Berlin die Verteilung der Brennstoffe für die Armen und Sozialrentner, Erwerbslose usw. statt, wofür der Magistrat die Mittel bereit gestellt hat. Diese Arbeit ist erforderlich gewesen, um die 60.000 Zentner, die hierfür nötig waren, herbeizuschaffen. Kann nun der Kohlenmangel, der sich im übrigen erst dann richtig bemerkbar machen wird, wenn wir einige Tage hintereinander Frost haben, bald behoben werden? Diese Frage muß mit einem glatten Nein beantwortet werden. Im Niederlausitzer Gebiet arbeiten die Bergleute zurzeit drei Schichten, können aber nicht das schaffen, was im Augenblick angefordert wird. Manche hoffen auf die Gruben in Mitteldeutschland. Aber auch das dürfte trügen. Die mitteldeutsche Gesamtproduktion ist nämlich bereits verkauft. Wer ist schuld am Kohlenmangel? Niemand und jeder. Die Industrie konnte (oder wollte?) nicht einkaufen, weil sie nicht beschäftigt wurde. Die Händler legten kein Lager an, weil sie auf eine Preislenkung rechneten. Und das Publikum kaufte nicht, weil es sein Geld auch im Sommer nötig brauchte. Wir mühten also, wenn es noch den Bestimmungen des Kohlenhandels geht, daß die Brennstofflieferung im Winter sich prospektisch nach der Sommerbelieferung richtet, den Kohlenmangel wohl oder übel über uns ergehen lassen. Gefordert werden muß aber vor allem, daß das Kohlenpublikum die Beteiligungsquote für Berlin erhöhe.

Beim Kohlenkleinhändler.

Der Kleinhändler im südöstlichen Arbeiterviertel weiß allerdings auch nur das zu sagen, was im vorstehenden bereits angeführt wurde. „Einige Tage Frost und das kleine Lager ist erschöpft.“ meint er, indem er auf seinen Kohlenbestand deutet. „Tritt's n. a. l ein kalter Tag ein, so glaubt die Kundschaft gleich, sie müsse einkaufen und kauft wie toll. Daraus entstehen wieder die bekannten Angstkäufe, wobei derjenige, der die Talsche voll Geld hat, am besten fährt, während die Leidtragenden die ärmeren Schichten sind. Bei

der augenblicklichen Notlage gibt es nur eins: die Ruhe bewahren und Angstkäufe unter allen Umständen vermeiden. Kleinhändler und Publikum müssen in dieser Situation Hand in Hand arbeiten.“ Soweit der Mann, dem man immerhin einige Erfahrungen dank seiner wirklich langen Geschäftstätigkeit zutrauen kann. Auch er steht auf dem Standpunkt, daß eine Erhöhung der Beteiligungsquote, auf deren Grund die einzelnen Ländereisen vom Syndikat die Kohlen zugewiesen bekommen, für Berlin unbedingt erhöht werden muß.

Wieder Ansehen!

Die Zuschriften aus unserem Leserkreis, die auf den Brennstoffmangel hinweisen, haben sich in letzter Zeit gemehrt. Im folgenden geben wir eine wieder: „Seit Wochen schon das gleiche Bild. Will man beim Händler seinen Bedarf an Brennstoff für 8 bis 14 Tage



decken, so erhält man, wenn es gut geht, die Hälfte. Wie kommt das? Der Kleinhändler erhält nicht die nötige Menge, die er braucht. Seit Ende Oktober ist keine genügende Brennstoffzufuhr mehr zu verzeichnen und im November sind zum Teil sämtliche Aufträge gestrichen. Der Großist erklärt dem Kleinhändler, nur 40-60 Prozent liefern zu können, in Wirklichkeit erhält er aber fast nichts. Es gibt Kohlenkleinhändler, die in zwei Monaten einen Waggon Brennstoff erhalten haben. Auf diese Weise ist es selbst dem kleinen Verbraucher unmöglich, sich auch nur für eine kurze Zeitspanne mit Brennmaterial einzudecken, wenn er gerade einmal dafür die Mittel zur Verfügung hat. In diesem unglaublichen Zustand denke man sich nun eine plötzlich eintretende längere Kälteperiode. Wenn bei uns auch keine amerikanische Kälteperiode so leicht eintreten wird, so könnte ein Mangel an Brennstoff für Berlin doch in mancher Beziehung recht unangenehme Folgen haben. Und dabei wären die von früheren Zeiten her so beliebten „Kohlenklagen“ vor dem Laden des Händlers vielleicht nicht einmal das Schlimmste. Das alles, trotzdem (hoffentlich nicht „weil“) wie in Berlin ein Braunkohlenpublikum haben! Oder sollten etwa die Gruben der schuldige Teil sein?

Die Zuschrift schließt mit den Worten: „Vielleicht haben auch die Behörden ein kleines Interesse daran, daß die Bürger Berlins nicht unnötig zu frieren brauchen.“

Das Nachrichtenamt des Magistrats Berlin teilt folgendes mit: Mehrfache Beschwerden in der Presse sowie münd-

liche und schriftliche Vorstellungen über die Durchführung der gemeinnützigen Kohlenverteilung durch die Stadt haben dazu geführt, daß zwischen dem Magistrat und der Berliner Brennstoffgesellschaft, die die Lieferungen bisher ausführte, einerseits und den Organisationen des Berliner Kohlenhandels andererseits durch Entgegenkommen aller Beteiligten ein Abkommen geschlossen wurde, wonach sich das Lieferungsverfahren zukünftig folgendermaßen gestalten soll:

Vom 16. Januar 1925 ab berechnen sich neben der Berliner Brennstoffgesellschaft auch die Mitglieder des Verbandes der Berliner Kohlenhändler E. V. sowie des Verbandes der Vereine selbstständiger Holz- und Kohlenhändler von Berlin und Umgebung E. V. an der Belieferung der von den Bezirkswohlfahrtsämtern an Kinderheimen ausgegebenen Gutscheine auf unentgeltliche Kohlenlieferung. Demgemäß sind vom 16. Januar 1925 ab alle nach zu liefernden, bereits ausgegebenen und noch auszugebenden Gutscheine in der Art freizubehalten, daß sie sowohl bei den Ausgabestellen der Berliner Brennstoffgesellschaft wie bei den durch Notale kenntlich gemachten Verkaufsstellen der Berliner Kohlenhändler zur Belieferung vorgelegt werden können. Vom 16. Januar ab sind auch die auf — bereits ausgegebenen, jedoch noch nicht eingelösten — Gutscheinen vermerkten Abholungstage infolge der Neuordnung nicht mehr bindend. Weiterhin haben sich die Kohlenhändler und die Berliner Brennstoffgesellschaft verpflichtet, die Kohlen auf Wunsch gegen Zahlung von 15 Pf. für den Zentner durch den Empfänger ins Haus, Keller bis Boden einschl. zu liefern. Weitere Zahlungen dürfen nicht verlangt werden. Soweit die Freilieferungen auf Anordnung und Kosten der Bezirkswohlfahrtsämter geschehen, erfolgen sie vereinbarungsgemäß auch künftig durch die Berliner Brennstoffgesellschaft. Es ist zu erwarten, daß durch die Einbeziehung einer so großen Zahl von Lieferungsstellen nunmehr alle Schwierigkeiten bei der Belieferung behoben sein werden.

Die dicke Zigarre.

Rein Gegenüber in der Stadtbahn war so recht der Typus des fatten Menschen. Dick der Baust, dick der Kopf, die Hände, die Füße. Und die Uhrzeit und die Ringe auf den Fingern standen im gleichen Verhältnis zum Körpervolumen. Ebenso selbstverständlich die Geldtasche — er hatte wohl beim Lösen des Biletts einen größeren Schein gemischt und das empfangene Geld in die Palmtasche gestopft; jetzt sortierte er das Hartgeld und die Scheine und brachte letztere in die ansehnlich gefüllte Brieftasche unter. Nachdem er diese rechts verstaute hatte, holte er von links eine dicke Zigarettenpackung hervor, die beim Öffnen eine stattliche Reihe von — natürlich — dicken Zigaretten aufwies. Liebedoll ging kein Blick, gingen seine Finger über die zwei Reihen der teuren Glühmängel. Diese waren nicht alle gleich; er hatte wohl drei oder vier verschiedene Sorten bei sich — die nach seiner Meinung weniger guten wahrscheinlich für die Geschäftsfreunde oder als — Bekleidungsgegenstände. Es dauerte einige Zeit, bis er sich zur endgültigen Wahl entschließen konnte. Bald zog er von jener, bald von einer anderen Sorte eine halb heraus und musterte sie, schob sie wieder zurück, um eine dritte endlich zu wählen. Als er sie in Brand gesetzt hatte, sah er triumphierend umher, und er hatte auch die Gewissung, daß es aus einer Ecke des Abteils hervorirrte: „Ein schönes Kraut, das Sie da rauchen.“ — „Soll wohl sein“ war die Antwort des Dicken, „ist ja auch der einzige reelle Genuss.“ — Nun, er muhte auch wohl nach andere Genüsse kennen, wie sie etwa ein gutes Frühstück bietet, denn unter dem eintönigen Rattern der Eisenbahnräder schien eine Müdigkeit sich seiner zu bemächtigen. Er schloß die Augen, die glimmende Zigarette hing bald schlaff herunter, die Asche fiel auf den feinen Leberzieher — endlich machte die Zigarette einen Luftsprung aus dem Rundwinkel zum Fußboden und bei einer gleich erfolgenden Bewegung seines Fußes zerstampfte er das edle Kraut. „Schade“, kam es wieder aus der Ecke, „unser einer hätte auch mal gern etwas Gutes geraucht.“ Der Sprecher betrachtete wehmütig seine qualmende Zigarette — „für'n Scherz kann man freilich nicht viel verlangen.“ — Ein paar Stationen waren schon durchfahren, ohne daß der Dicke aufgewacht war — jetzt kam: Alexanderplatz. Mit jener Sicherheit, die gut gefühlte Füße haben und ein gültiges Geschick verleiht, machte er noch rechtzeitig auf: seine Hände machten noch eine Bewegung, als suchten sie die Zigarette — aber er sah, daß Eile not tat und stapfte

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

51.
Durch die Begünstigung eines Sowjetbeamten, mit dem Christy sich gut fand, durften sie den Hafen besuchen.
„Wohnt es sich denn?“ fragte Bertram. „Ich will an die menschliche Seite der Dinge heran. Ich will wissen, wie die Menschen leben und sterben in diesem furchtbaren Lande.“
„Wir sind nicht hier, um ein Melodrama anzuschauen,“ gab Christy zurück. „Der Hafen wird uns klar machen, weshalb die Leute hier nicht leben können und weshalb England seine Arbeitslosen hat. Dieser Hafen war einst der Torweg des Welthandels.“
Es war ein melancholischer Platz. Sie stolperten über beschneite Aabel und wanderten durch öde, leere Docks und Speicher. Draußen im Schnee lagen viele Pflüge und Erntemaschinen, nagelneu in ihren Gehäusen.
Christy untersuchte sie und las ein Wort „Düsseldorf“.
„Das Wort erzählt eine ganze Geschichte.“
„Weshalb läßt man die im Schnee verrotten?“
„Keine Transportmittel und orientalische Untüchtigkeit.“
Weiter draußen im Hafen lagen mehrere kleine Schiffe mit schwedischen und dänischen Flaggen und auch ein einziges Schiff von Newcastle.
Christy wurde ganz aufgeregt. „O, von England! Wollen uns den Allen doch mal ansehen!“
Der junge Kapitän, der auf dem Deck stand, war herzlich erfreut, als Christy ihn in seiner Muttersprache ansprach. „Sehr erfreut, Sie zu sehen, meine Herren! Kommen Sie in meine Kajüte und genehmigen Sie einen. Es ist beheizt kalt.“
Er mischte einen steifen Grog für sie und erhob sein Glas: „Prost!“
„Was bringen Sie denn für Ladung?“ fragte Christy.
„Lokomotiven. Pouter deutsche Ware. Von Hamburg. Meine Reeder haben einen Kontrakt auf achthundert Stück. Wir scheinen, ich werde bei dieser Bergungsfahrt noch erfrühen.“
Christy sah mit bedenklich eingezogenen Brauen zu Bertram hinüber.
„Und womit bezahlen die Bolschewisten diese Maschinen?“
„Manchmal in Gold. Meistens in Juwelen und Pelzen.“
„Feines Geschäft. Und wie werden Sie mit den Bolschewisten fertig, Kapitän?“

Der junge Mann juckte die Achseln. „Die Beamten reden höflich. Wollt's ihnen auch geraten haben. Die Hafenarbeiter sind arme, verlaufene Banerle. Können kaum ein Schiffstau heben, ohne sich dabei zu zerbrechen. Halb ernährt, und kein Trieb drin. Fangen die Arbeit um elf Uhr an und brauchen zwei Stunden, um die Kräne in Gang zu bringen. Manche sprechen ein bisschen Englisch. Da ist ein Universitätsprofessor dabei, und der weinte und küßte mir die Hand, als ich ihm ein Stück Reis gab.“
Er verzahndete sich herzlich von ihnen, als sie das Laufgrett wieder verließen.
„Wissen Sie, Major,“ meinte Christy nachdenklich, „daß mir diese Lokomotiven von Hamburg während zu denken geben? Hier ist der Schlüssel zu Russlands Rettung, vielleicht auch für Deutschlands, wenn Frankreich die Schraube gar zu fest anzieht. Wie? Wenn sich Deutschland mit Rußland verbünden sollte? Eine nicht zu verachtende Verbindung, bei Gott!“
„Springen Ihre Vermutungen nicht ein bisschen gar zu weit? Vier Lokomotiven zur Zeit berechtigten noch nicht zu Ihrer Prophezeiung eines Weltkrieges.“
„Vier Lokomotiven, denen 796 folgen werden, und diese Pflüge aus Düsseldorf, die wir im Schnee liegen sehen, bedeuten jedenfalls, daß Deutschland seinen Fuß in die russische Tür zwängt und hier Geschäfte macht. Um Rußlands willen freut's mich, aber es darf nicht sein, daß Deutschland allein das macht. Sonst wäre der Teufel los.“
Am Abend gingen sie ins Marinist-Theater. Es gab wohl Karten zum Verkauf, aber man sah, daß die meisten Besucher Erlaubnisscheine vorzeigten. Ein junger Mensch, der französisch sprach, erklärte den Beiden, daß es eine von den „Gewerkschaftsvorstellungen“ war.
Es wurde Carmen gegeben, und zwar in prachtvoller Ausstattung, und ausgezeichnet gespielt. Aber für die beiden Fremde war das Publikum unendlich viel interessanter, als die Bühne. Das ungeheure, prächtige Theater war gedrängt voll, und zwar vom „Proletariat“. Die Frauen waren sehr einfach angezogen. In der kaiserlichen Loge sah eine Gruppe von Männern mit über der Stirn abgeschrittenen Haaren und schmierigen Händen. Der kaiserliche Adler über der Loge war mit einer roten Fahne verhängt.
Der junge Mann, der schon am Eingang mit ihnen gesprochen hatte, näherte sich ihnen wieder, als sie im Foyer auf und ab gingen, das so voll war, daß man nur schrittweise vorwärts konnte.

„Nun, wie gefällt es Ihnen?“
„Wundervoll!“ sagte Christy. „Wer sind alle diese Leute?“
„Sowjetarbeiter jeder Art.“
„Kommunisten?“
Der junge Mann juckte die Achseln. „Ja, sind wir denn überhaupt noch Kommunisten unter den neuen Wirtschaftsgeboten? Wir sind zum privaten Handel, privaten Eigentum, zu Geld statt Lebensmittellationen, ja zum fremden Kapital zurückgekehrt, wenn es zu haben ist.“
„Ist das Volk mit dieser Aenderung zufrieden?“
„Eine Zentnerlast ist ihnen von den Schultern gefallen. Sie atmen wieder auf.“ Er dämpfte die Stimme. „Ich bin selbst Sowjetbeamter. Aber ich glaube an Handel, Geschäft und Privateigentum. Trohalletem hat die Revolution doch ihr Gutes gehabt. Unter den Romanoffs bekamen die Arbeiter keine Freiplätze für die große Oper. Uebrigens, sagen Sie mir doch, war die Revolution in England sehr blutig?“
„Es war keine und es wird auch keine sein!“
Der junge Russe schaute ungläubig drein. „Aber wir haben doch so viel darüber in unserem Blatte, der „Prawda“, gelesen. Bei Ihnen verhungert das ganze Volk doch auch nicht?“
„Bei meiner Abreise waren sie alle noch recht gut genährt.“ lachte Christy.
Es war deutlich zu sehen, daß der Russe ihnen nicht glaubte, aber das Klingelzeichen zum Beginn ertörte, und sie trennten sich.
Die Beiden fuhren im Schlitten in ihre Behausung zurück. Sie schliefen in dieser Nacht in dem „Internationalen Hospiz“, welches auch eine Art Gästehaus war, meistens von Sowjetbeamten hohen Ranges und deutschen Kaufleuten bewohnt.
Der größte Teil dieser Nacht wurde von der Wanzenjagd in Anspruch genommen.
52.
Sobald Bertram nach Moskau zurückgekehrt war, erkundigte er sich danach, auf welche Weise er in die Hungerdistrikte befördert werden könnte.
Sie lagen an fünfshundert Meilen östlich von Moskau, im Bolschatal, und die Hauptbahnhöfe waren Kasan, Simbirsk, Samara und Saratoff. Wenn er von Kasan aus zu Schiff die Wolga hinunter wollte, mußte er sich beeilen, denn bald würde der Strom beginnen zuzufrieren.
(Fortsetzung folgt.)

Parteinachrichten für Groß-Berlin
 Einblendungen für diese Rubrik sind
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2.
 Netz an das Bezirkssekretariat,
 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Bezirksvorstand.

Heute abend 6 Uhr, pünktlich, Sitzung im Jugendheim,
 Lindenstr. 3.

- 2. Kreis Kiezgarten, Sonntag, den 11. Januar, vormittags 10 Uhr, erweiterter Kreiserversammlung bei Arthger, Döllingstr. 10. Die Abteilungsleiter werden ersucht, die Listen der kommunistisch tätigen Gewerkschaften mitzubringen.
- 2. Kreis Charlottenburg, heute von 5-7 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Sprech- und Kassenstunden des Kreises Schularmirde. Unentgeltlicher Rat und Auskunft in allen Schulangelegenheiten.

Heute, Sonnabend, den 10. Januar:

- 15. Ust. 8 Uhr bei Eicholz, Copenstr. 20, Funktionärversammlungen.
- 22. Ust. Charlottenburg, die Funktionärskongresse findet nicht heute, sondern

Montag, den 12. Januar, bei Frau, Kaiserin-Augusta-Platz 10, 10. Ust. 7 1/2 Uhr bei Brinkow, Richardstr. 10, Sitzung des Bezirksvorstandes und der Funktionäre. Die Bezirksführer müssen einladen.

Morgen, Sonntag, den 11. Januar:

- 9. Ust. Vormittags 10 Uhr bei Kühner, Wilsenader Str. 34, Funktionärskongresse.
- 21. Ust. Vormittags 10 Uhr bei Goldschmidt, Stolpische Str. 16, Funktionärskongresse mit den Betriebsvorsitzenden.
- 22. Ust. Vormittags 10 Uhr Funktionärkongresse mit den Betriebsvorsitzenden, Ortsleitern und Referenten.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

20. Ust. Am 6. Januar verstarb Genosse Gustav Kühner, wohnhaft Berlin, Döllingstr. 14, in Leipzig.

Arbeitersport:

Berliner Arbeiter-Sportklub, Wehreturmstr. 10. Die Schachfreunde, die daran teilnehmen, erscheinen am Sonntag, den 11. Januar, vormittags 10 Uhr, im Spielraum der Abteilung Charlottenburg, Döllingstr. 17, bei Frau Kaiserin-Augusta-Platz 10.

Stroße, bei Goltzsch. Für Gabe und Mitteln frei Schachfreunde von 10-1 Uhr.

Kreiserversammlung „Die Kaserstrasse“, Ortsgruppe Berlin, e. S. Am Montag, den 12. Januar, 8 Uhr, Döllingstr. 20, Funktionärkongresse. Monatsversammlung.

Reise Kameradschaft Wilmersdorf. Am Sonnabend, den 10. Januar, findet im Kurpark in Köpenick, bei der Wilmersdorfer Straße, pünktlich 7 1/2 Uhr, die ordentliche Generalversammlung der Ortsgruppe statt. Tagesordnung: 1. Protokoll, 2. Bericht, 3. Rechnung des gesamten Vorstandes, 4. Kreisrat, 5. Kreisrat, 6. Bericht, 7. Bericht, 8. Bericht, 9. Bericht, 10. Bericht, 11. Bericht, 12. Bericht, 13. Bericht, 14. Bericht, 15. Bericht, 16. Bericht, 17. Bericht, 18. Bericht, 19. Bericht, 20. Bericht, 21. Bericht, 22. Bericht, 23. Bericht, 24. Bericht, 25. Bericht, 26. Bericht, 27. Bericht, 28. Bericht, 29. Bericht, 30. Bericht, 31. Bericht, 32. Bericht, 33. Bericht, 34. Bericht, 35. Bericht, 36. Bericht, 37. Bericht, 38. Bericht, 39. Bericht, 40. Bericht, 41. Bericht, 42. Bericht, 43. Bericht, 44. Bericht, 45. Bericht, 46. Bericht, 47. Bericht, 48. Bericht, 49. Bericht, 50. Bericht, 51. Bericht, 52. Bericht, 53. Bericht, 54. Bericht, 55. Bericht, 56. Bericht, 57. Bericht, 58. Bericht, 59. Bericht, 60. Bericht, 61. Bericht, 62. Bericht, 63. Bericht, 64. Bericht, 65. Bericht, 66. Bericht, 67. Bericht, 68. Bericht, 69. Bericht, 70. Bericht, 71. Bericht, 72. Bericht, 73. Bericht, 74. Bericht, 75. Bericht, 76. Bericht, 77. Bericht, 78. Bericht, 79. Bericht, 80. Bericht, 81. Bericht, 82. Bericht, 83. Bericht, 84. Bericht, 85. Bericht, 86. Bericht, 87. Bericht, 88. Bericht, 89. Bericht, 90. Bericht, 91. Bericht, 92. Bericht, 93. Bericht, 94. Bericht, 95. Bericht, 96. Bericht, 97. Bericht, 98. Bericht, 99. Bericht, 100. Bericht.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der gewaltige Aufschwung des im Volksmunde allseits beliebten Unternehmens Möbel-Cohn, im Osten: Große Frankfurter Str. 55; im Norden: Goltzsch-Str. 4-10, beweist das Zeug, ganz bedeutende Berücksichtigung seiner Verkaufs- und Ankaufsräume vorzunehmen. Wir verweisen auf das Interes in der heutigen Ausgabe.

Die Klempnerwerke in Kreuzberg a. Wein empfehlen eine neue beliebte Form, den sogenannten „Komet“-Fahrlauf. Wir verweisen auf das Interes in unserer heutigen Ausgabe.

Riesenauswahl

Qualitätsware

Billigste Preise

begründen den **Ausverkauf** zu unserem diesjährigen Inventur-
 Täglich senden wir grosse Mengen aus unseren Riesen-
Ausverkauf. Zentrallagern an die einzelnen Verkaufsstellen und
 sind dadurch in der Lage, ständig neue sensationelle Angebote zu bringen.

Für Kinder:

Schnürstiefel
 braun Chromleder, beste Verarbeitung, Gr. 20-22 **1⁹⁵**

Schnürstiefel
 schwarz Chrom-Chevreaux, kräftige Bodenausführung, Gr. 23-26 **2⁹⁵**

Lack-Einspangenschuhe
 Ein Schläger! Grösse 25-26 3,75, 23-24 **3⁴⁵**

Schnürstiefel
 schwarz R'Chevreaux, beste Verarbeitung, Grösse 31-35 5,90, 27-30 **4⁹⁰**

Für Damen:

Weisse Leinenpumps
 moderne, rationale Form, echt Louis XV.-Absatz, beschränkte Mengenausgabe **0⁹⁵**

Schnürschuhe
 prima braun Boxcalf, besonders preiswert **4⁹⁰**

Spangenschuhe
 prima braun Chevreaux, elegante, spitze Form, halbhohler Absatz, auf echtem Rand genäht... **9⁹⁰**

Die grosse Mode:
Louis XV.-Absätze

1a braun Boxcalf-Pumps
 und Schnürschuhe und prima schwarze Chevreaux-Spangenschuhe, schick Formen **9⁹⁰**

Lack-Einspangenschuhe
 elegante Strassen- u. Tanzschuhe und braune echt Boxcalf-Spangenschuhe, moderne Formen... **10⁹⁰**

Für Herren:

Schwarz Rindbox-Stiefel
 prima Vacheleder-Ausführung, vorzügliche Strapazierstiefel, ... **6⁹⁰**

Prima braun Boxcalf-Stiefel
 Original Goodyear-Welt, beste Verarbeitung, Grösse 30-43 **9⁹⁰**

Braun Chevreaux-Schnürstiefel, moderne, spitze Form, Original Goodyear-Welt **12⁵⁰**

Lack-Halbschuhe
 zum Schnüren, spitze Form, mit und ohne Bandgenauflage... **14⁹⁰**

Rindledersandalen
 braun, mit prima Kernledersohlen und Absatzstück, 43-45 **4,90**, 36-42 **3,90**, 31-35 **3,45**, 27-30 **2,95**, 23-26 **2,45**

Leder-Niedertreter
 mit gewendeter 1a Ledersohle, warm gefüttert, für Herr. **3,85**, für Damen ... **2⁹⁵**

Für den Sport:

Damen-Sportstiefel prima braun Rindleder, zweischichtig, Staublasche, wasserdichtes Futter, unser Solager! **12⁵⁰**

Herren-Sportstiefel prima R'Box, durchgeh. Dopp.-Ischle, Staublasche, wasserdichtes Futter, ausserordentliches Angebot **13⁹⁰**

Herren-Sportstiefel dringendst pa. braun Farnindled, Orig. Goodyear Welt, ringgedopp., la Fabrik, durchaus wasserfest **21⁵⁰**

Besichtigen Sie unsere Schaufenster!
 Es lohnt sich!

Inventur-Ausverkauf

Mengenabgabe vorbehalten Verkauf nicht an Wiederverkäufer

Extra-Angebot für Sonnabend:

100.000 Mr.

Kleiderstoffe

- darunter:
- Foulardine-Batiste** entzückende Farbstellungen
 - Veloutine** schöne, mollige Ware
 - Köperilanelle** Daunwolle, in vielen Farbstellungen
 - Blusenstreifen** mit Kunstseide
 - Baumwoll-Musseline** aparte farbliche Muster

95 Pf.

jetzt Meter

JANDORF

Amnestiedebatte im Reichstag.

Haftentlassung der Kommunisten Rosenbaum und Höllein.

Auch bei Beginn der gestrigen Reichstagsitzung waren die Regierungsbänke leer.

Präsident Löbe eröffnete die Sitzung um 3 Uhr 25 Minuten. Der Reichstag beschließt zunächst wiederum, wie im vorigen Reichstag, Ausschüsse für Aufwertung, Kriegsbeschädigtenfragen und die besetzten Gebiete einzusetzen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht des Geschäftsausschusses über die Anträge der Kommunisten auf Entlassung der verhafteten kommunistischen Abgeordneten. Der Ausschuss hat bisher die Fälle Rosenbaum und Höllein behandelt und empfiehlt, wie Abg. Dr. Bell (3.) mittelst, die

Haftentlassung der Abgg. Rosenbaum und Höllein.

Das Strafverfahren gegen Höllein soll oder nicht eingestellt werden, sondern seinen Fortgang nehmen.

Abg. v. Freytagh-Loringhoven (Dnall.) erklärt zum Fall Höllein, daß die Deutschnationalen an ihrem grundsätzlichen Standpunkt festhalten, daß die Immunität der Abgeordneten keineswegs ein besonderes Vorrecht sei, und daß sie nicht geneigt seien, eine privilegierte Klasse von Staatsbürgern zu schaffen. Die parlamentarischen Mächte allerdings geschützt werden gegen tendenziöse Verfolgungen. Es dürfe nicht zugelassen werden, daß eine Regierung einen ihr unbequemen Abgeordneten verfolgt. Andererseits müsse das Interesse des Staates an einer geordneten Rechtspflege gewahrt werden. Abgeordnete, die sich etwa ein gemeinsames Verbrechen haben zuschulden kommen lassen, dürfen nicht geschützt werden. Im Falle Höllein scheint es sich tatsächlich um eine tendenziöse Verfolgung zu handeln. Seine Fraktion würde daher für die Haftentlassung stimmen.

Abg. Stöcker (Komm.) schildert unter der Heiterkeit des Hauses die Schuld- und Harmlosigkeit Hölleins.

Abg. Dittmann (Soz.):

Die sozialdemokratische Fraktion wird in beiden Fällen, sowohl bei dem Abgeordneten Rosenbaum wie bei dem Abgeordneten Höllein, für Freilassung und Einstellung des Verfahrens stimmen. Im Fall Rosenbaum wurde im Ausschuss klargestellt, daß als einziger Vorwand für die Verhaftung die Behauptung übrig blieb, daß Rosenbaum vor 2 Jahren in der Presse eine Beleidigung verübt habe. Darüber herrschte allgemeine Verwirrung, daher wurde im Ausschuss ohne Debatte dem kommunistischen Antrag zugestimmt. Damit war zum Ausdruck gebracht worden, daß es sich hier um eine tendenziöse Verfolgung handle. Im zweiten Falle werden wir gleichfalls für Freilassung und Einstellung des Verfahrens stimmen, wie es unsere Vertreter im Ausschuss bereits getan haben. Der Abg. v. Freytagh-Loringhoven hat hier im Namen seiner Fraktion erklärt, daß er wohl für Freilassung, aber nicht für Einstellung des Verfahrens sei. Da er selber zugibt, daß hier gleichfalls ein tendenziöses Verfahren vorliege, so ist seine Haltung sehr inkonsequent. Er hat dann ein paar schöne Grundzüge seiner Fraktion proklamiert, und zwar wolle sie nicht eine privilegierte Klasse von Staatsbürgern schaffen, gegen die keine Strafverfolgung einzusetzen dürfe. Seitdem der Reichstag besteht, galt die Immunität nicht als ein Sonderrecht des einzelnen Abgeordneten, sondern als ein Recht des Reichstages, damit sämtliche Abgeordnete bei seinen Beratungen zur Stelle sein können. Von diesem Standpunkt dürfen wir unter keinen Umständen abweichen. Wenn allerdings bei einem Abgeordneten gemeine Verbrechen vorliegen, so darf er sich darauf nicht berufen. Die Inkonsequenz der deutschnationalen Fraktion übertrifft um so mehr, als sie in einem früheren Falle ganz anders gehandelt hat. Bei seinem Zutritt im Jahre 1920 wurde der Reichstag von einem Antrag Helfferich überrascht, wonach das Verfahren gegen den deutschnationalen Abgeordneten von den Reichshof eingestellt werden sollte. In diesem Falle hatte es sich um Steuerhinterziehung gehandelt, und es sind dabei merkwürdige Dinge vorgekommen. Es ist Geld entnommen worden und Aktien sind verschwunden. (Unruhe v. d. Dnall.) Die deutschnationale Fraktion sollte also nicht auf so hohem Ross sitzen und mit Grundfragen prunken, wenn die Immunität der Abgeordneten geschützt werden soll. Wir werden demgegenüber an den Richtlinien festhalten, die bisher gegolten haben und in beiden Fällen

für Freilassung und Einstellung des Verfahrens zu stimmen.

Abg. Bell (3.) wendet sich ebenfalls gegen die von dem deutschnationalen Redner aufgestellten Grundzüge. Der Ausschuss geht davon aus, daß in jedem Falle zu prüfen ist, ob das Interesse an der Strafverfolgung oder an der Aufrechterhaltung der Immunität überwiegt. In ein schwebendes Verfahren soll nicht eingegriffen werden, der Ausschuss und der Reichstag sind sein Untersuchungsrichter und kein Gericht. Dem Oberreichsanwalt ist im Falle Höllein der schwere Vorwurf der Rechtsbeugung zu machen kein Anlaß. Auch der Angriff auf den Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik muß zurückgewiesen werden, er ist keineswegs ein einseitiges Parteinstrument.

Abg. v. Freytagh-Loringhoven (Dnall.) hält im übrigen seine Ausführungen aufrecht. Im Falle Reichshof habe dieser selbst ausdrücklich um Aufhebung der Immunität gebeten und die erwähnten Akten seien im preussischen Justizministerium verschwunden.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt dann nochmals, daß seinerzeit der Antrag auf Einstellung des Verfahrens gegen den damaligen deutschnationalen Abg. van den Kerckhoff vom Abg. Dr. Helfferich, d. h. von der Deutschnationalen Volkspartei gestellt worden sei. Er ruft erregt: Versuchen Sie doch nicht, der Deutschnationalen ein I für ein U vorzumachen. (Stürmische Zurufe.) Eine Fraktion, die einen derartigen Antrag gestellt und unterstützt hat, hat moralisch nicht das Recht, sich jetzt gegen den Antrag auf Einstellung des gerichtlichen Verfahrens gegen den Abg. Höllein zu wenden. (Großer Lärm v. d. Dnall.)

Damit schließt die Aussprache.

Der Antrag auf Haftentlassung der Abgg. Rosenbaum und Höllein und auf Einstellung des Verfahrens gegen Rosenbaum wird angenommen; der Antrag auf Einstellung des Verfahrens gegen Höllein wird gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Bei der dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur

Änderung des Postgesetzes

erklärt der Abg. Henning (Natsoz.): Wenn das Gerücht, daß der Reichspostminister Hölle vor einigen Stunden sein Amt niedergelegt hat, wahr ist, so beantragen wir, daß sein Stellvertreter vor dem Reichstag erscheine. Wenn der Herr Reichspostminister nicht zurückgetreten ist, so beantragen wir, daß er selbst vor das hohe Haus tritt.

Präsident Löbe stellt fest, daß Dr. Hölle, wie sämtliche Mitglieder des Kabinetts, sein Amt niedergelegt habe, aber vom Reichspräsidenten mit der Fortführung der Geschäfte betraut worden sei. Diesen Auftrag über er aber gegenwärtig nicht aus, sondern er werde vertreten durch den Staatssekretär Sauter. (Hört, hört! und große Unruhe.)

Abg. Henning (Natsoz.) stellt erneut den Antrag, den Postminister herbeizurufen. Es müßte festgestellt werden, ob er nur

für einige Stunden sein Amt ausübe oder ob er auf sein Amt verzichtet habe. Er müsse dem Hause Rechenschaft geben über die Nachrichten, die über ihn verliefen.

Der Antrag auf Herbeiführung des Postministers Dr. Hölle wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und der Kommunisten abgelehnt. (Stürmische Unruhe im ganzen Hause — lebhafter Ruf rechts: Barmat-Schieber!)

Die Vorlage wird darauf angenommen. Bei „Einleitung und Ueberschrift“ beantragt

Abg. Henning (Natsoz.) die Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung. Wir können nicht für die Post etwas bewilligen, so lange die Gefahr besteht, daß Dr. Hölle das Geld wieder den Ostjuden und den Barmats geben könnte. Dieser Mann, der in den Barmat-Standal verwickelt ist, muß vom Reichspräsidenten sofort seines Amtes entbunden werden, wenn er es nicht selbst niederlegt. (Lebhafteste Zustimmung rechts.)

Wir haben weiteres Material, das wir der Staatsanwaltschaft übermitteln werden; und wir werden die Einleitung einer Untersuchung gegen Dr. Hölle beim Staatsgerichtshof beantragen. (Lebhafteste Hört! Hört! Allgemeine Unruhe. Zwischenrufe von allen Seiten.)

Abg. Jehrenbach (3.): Was der Abg. Henning zur Begründung seines Antrages vorgeführt hat, hat mit der Einleitung und Ueberschrift des Postgesetzes gar nichts zu tun. Es ist ihm nur darum zu tun, eine tragische Angelegenheit hier zur Sprache zu bringen. (Großer Lärm rechts.) Der Gerechtigkeit soll und muß genügt werden.

Abg. Dr. Schöy (D. Sp.): Auch ich bin der Ansicht, daß es nicht zweckmäßig ist, eine Angelegenheit, deren Unterjudung notwendig ist, hier bereits als geklärt zu behandeln. Wir betonen die Angelegenheit lediglich vom Gesichtspunkt der Geschäftsordnung aus. Wir haben gegen die Herbeiführung des Ministers Dr. Hölle gestimmt. Wenn aber eine Partei die Absetzung eines Gegenstandes von der Tagesordnung verlangt, muß es unmöglich ist, sachliche Debatten zu führen, wenn nicht eine verhandlungsfähige Regierung besteht, so müssen wir mit der Absetzung zustimmen. Wir können in eine sachliche Diskussion über irgendeine Gesetzesvorlage überhaupt nicht eintreten, so lange wir eine verhandlungsfähige Regierung nicht besitzen.

Der Antrag Henning auf Absetzung der Postnovelle von der Tagesordnung wird gegen die Stimmen der Mitlee angenommen.

Das Amnestiegesetz.

Zur ersten Beratung kommen hierauf die von den Kommunisten, den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen vorgelegten Gesetzentwürfe wegen Straffreiheit für politische Straftaten (Amnestiegesetz). Die Beratung wird verbunden.

Abg. Dr. Frick (Natsoz.) weist auf eine am 29. August vom vorigen Reichstag gefasste Entschließung hin, die die Reichsregierung zur Einbringung einer Amnestievorlage aufforderte, und fragt den Präsidenten, ob er wisse, ob die Reichsregierung bis heute dazu Zeit gefunden habe.

Präsident Löbe erwidert, daß ihm in der kurzen Zeit seiner Amtsführung darüber nichts bekannt geworden sei. (Heiterkeit.)

Abg. Geseke (Komm.) begründet den von den Kommunisten eingebrachten Amnestiegesetzentwurf. Der sozialdemokratische Entwurf gehe nicht weit genug, denn er berücksichtige nicht die vielen hart und ungerade verurteilten Arbeiter, die mit der Waffe sich an der Abwehr des Kapp-Putsch beteiligt haben. Auch in vielen anderen Punkten sei der sozialdemokratische Entwurf zu reaktionär, daß man den sozialdemokratischen Reichsanwalt Heine für den Vater halten könnte. Die deutsche Arbeiterklasse werde sich weder durch weißen Terror noch durch die Kollaboration in ihrem revolutionären Kampf hindern lassen. (Beifall bei den Komm.)

Abg. Dr. Kurt Rosenfeld (Soz.)

begründet den Amnestieentwurf der Sozialdemokraten. Er wendet sich zunächst gegen die von den Kommunisten vorgebrachten verurteilten Behauptungen, als ob irgend jemand in der sozialdemokratischen Partei gegen die Amnestierung der politischen Gefangenen sei, wie es besonders vom UOB und von Grashmann behauptet worden sei. Daß die Sozialdemokratie auch für die Amnestie in den Einzelstaaten sei, gehe aus ihrem Entwurf hervor. Man kann über den Zeitpunkt einer Amnestie verschiedener Meinung sein, nicht aber über die Amnestierung der politischen Gefangenen selbst. Nach dem vorliegenden Material und nach den Berichten, die hier vorgelesen worden sind, wäre es eigentlich überflüssig, noch eine eingehende Begründung des sozialdemokratischen Amnestieantrags zu geben. Es muß die selbstverständliche Pflicht der deutschen Volksovertretung sein, für die Freilassung der politischen Gefangenen zu sorgen. Wenn auch nur ein kleiner Teil von diesem Material zutrifft, so reicht es doch schon aus, um den Reichstag zu dieser Pflichterfüllung zu veranlassen. Die Rechtspflege, die jetzt in Deutschland herrscht, ist nicht länger zu ertragen. Man kann nicht anders als von einer Klassenjustiz reden. Meine Freunde haben bereits einige Anträge zur Reform der Rechtspflege eingebracht, die hier noch nicht zur Beratung stehen. Jetzt gilt es, die Belastung, die die bisherige Rechtspflege dem deutschen Volke gebracht hat, aus dem Wege zu räumen und zugleich die Bahn zu ebnen für eine freigeleitete Gerichtsbarkeit. Darum muß denen, die unter der jetzigen Justiz gelitten haben, endlich die Freiheit gegeben werden. Es herrscht zweierlei Rechtspflege, je nachdem, ob sie sich gegen Arbeiter, die aus wirtschaftlichen oder politischen Motiven gehandelt haben, richtet oder gegen Monarchisten. So sind in Greifswald zwei Junker mit geringen Geldstrafen wegen Beleidigung des Reichspräsidenten belegt worden, dagegen wurde ein sozialdemokratischer Redakteur wegen einiger Bemerkungen gegen Herrn Stabler mit einem Monat Gefängnis bestraft. Das muß als eine unerhörte Zurücksetzung derjenigen betrachtet werden, die auf der linken Seite dieses Hauses sitzen.

Bergleitet man die Behandlung des Hochverrats, der von den Kommunisten beantragen wurde, mit derjenigen von der rechten Seite, dann sieht man auf geradezu unerhörte Rechtsverhältnisse.

Gab es einen für die Republik gefährlicheren Putsch als den Kapp-Putsch? Herr v. Jagow, der nach teilweise Verbüßung seiner Festungstrafe mit Bewährungsfrist entlassen wurde, hatte nichts Geringeres zu tun als zu erklären, daß er auch künftig in den alten Bahnen wandeln wolle. Ludendorff, der am Kapp-Putsch ebenso beteiligt war, ist deshalb nicht einmal angeklagt worden. Nach dem Hitler-Putsch wurde er zwar angeklagt, aber freigesprochen, trotzdem er als „Führer der Nationalarmee“ das Amt eines Wuppators bekleidet hatte. Man kann sich allerdings über die Rechtspflege des Münchener Gerichts nicht wundern, wenn Herr Ludendorff einem Mitglied dieses Gerichtshofs nach dem Freispruch sein Bild mit einer Widmung überreichen konnte.

Höllein soll in Mecklenburg Vorbereitungen für die Ernennung der Bevölkerung nach dem Sieg der Kommunisten getroffen haben. Vergleichen Sie, was Ludendorff getan hat, mit dem, was Höllein getan haben soll. Vergleichen Sie damit auch das Verfahren gegen v. Graese, der wegen seiner Beteiligung am

Hitler-Putsch vorgelesen endlich verantwortlich vernommen worden ist. Man hat nicht gewagt, ihn zu verhaften.

Kunze beruft sich auf einen Zeugen, der in Ungarn wohnt. Wenn man allerdings so vorsichtig in der Wahl von Zeugen ist, dann kann man sich schon auf einen neuen Hitler-Putsch vorbereiten. Wie alle diese Ungleichheiten auf das deutsche Volk wirken müssen, darüber scheint man sich hier keine Vorstellung zu machen.

Ein besonderes Kapitel ist die Justiz in Bayern, die man nicht anders denn als Schandjustiz bezeichnen kann. Wir vergessen nicht das furchtbare Urteil gegen Fehrenbach, das von einer Härte war, wie es eben nur in Hinterbapheim möglich ist. Freilich kam die bayerische Justiz auch Samptföden zeigen, so z. B. in dem Urteil gegen die Leute, die bei Muer und in die „Münchener Post“ eingedrungen sind und dort wie Bandalen gehäuft haben. Diese Verbrecherbande ist zu Festungshaft verurteilt worden und das Gericht hat noch ihre nationale Gesinnung anerkannt. Auf der anderen Seite sehen wir die Behandlung von Tollet, von Kühnam, die ja endlich die Freiheit erhalten haben. Aber noch immer sitzen jene Gefangenen aus dem Jahre 1919, die zu den härtesten Justizhausstrafen verurteilt worden sind. Hier kann man ausrufen: Wenigstens unerhört! Wie kann man allerdings Achtung vor der Justiz erweisen, wenn ausgerechnet Herr v. Kahr zum Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichts in Bayern ernannt worden ist.

Wer erleben darf, wie die härteste Behandlung aller derjenigen, die links eingestuft sind.

Für die Republik gibt es bei der Justiz keinen Schuß.

Der demokratische Abg. Brodau hat kürzlich in einem Artikel festgestellt, daß die Richter in ihrer Rehrzahl gegen die Republik gestimmt seien. In die Hände ihrer Gegner gibt also die Republik die Erfüllung ihrer wichtigsten Aufgaben. Man kann sich deshalb auch nicht wundern, daß ein Angeklagter in Potsdam, der eine schwarz-rotgoldene Fahne abgerissen hatte und deshalb wegen Beschimpfung der Fahne der Republik angeklagt war, freigesprochen wurde. In Dessau hatte die Sozialdemokratie ein Flugblatt mit Illustrationen veröffentlicht, auf dem drei Herren auf einem Esel ritten. Das sollte zeigen, wie drei reaktionäre Minister auf dem Rücken der Kommunisten zur Regierungsmacht gelangt sind. Dieses Bild wurde polizeilich beschlagnahmt mit der Begründung, es sei unflätig, unehrerbietig, unehrenhaft auf einen Esel zu setzen. (Heiterkeit.) Unsere Berliner Parteizeitung hatte die Politik Stresemanns als charakterlos bezeichnet. Der Staatsanwalt leitete sofort deswegen ein Verfahren ein. Herr Dinter kann dagegen in Thüringen ungehört gegen die Reichsregierung gehen und verlangen, daß sie als Hochverräter an den Galgen komme. Hier rührt sich kein Staatsanwalt. Freilich herrscht in Thüringen der Ordnungsbund und das erklärt alles.

Zur härtesten Kritik gibt die Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes Anlaß.

Die von ihm gefällten Justizurteile müssen ausreißend auf die ganze Bevölkerung wirken, sie dürfen nicht länger andauern. Bei all diesen Urteilen handelt es sich um Vergehen aus dem Jahre 1923, also aus der Zeit der Inflation, wo Erbitterung und Verzweiflung in der Bevölkerung Flag gegriffen hatte, wo die Not aus höchste getrieben war, wo die Arbeiter durch Lohnbewegungen sich bessere Lebensbedingungen schaffen wollten. Das war auch der Fall in Böhren, wo die dort vorgekommenen Zusammenstöße den Staatsgerichtshof zur Fällung von 60 Jahren Justizhausstrafen veranlaßten. Selbst wenn von kommunistischer Seite versucht worden sein sollte, diese wirtschaftliche Bewegung zu hochverräterischen Zwecken auszunutzen, so rechtfertigt das doch nicht die furchtbaren Strafen. Die sozialdemokratische Presse hat sofort dagegen Stellung genommen, um so mehr, als es sich hierbei zunächst um eine reine Lohnbewegung handelte.

Wenn der Abg. Geseke an dem von uns eingebrachten Amnestiegesetzentwurf Kritik üben will, so sind wir die letzten, die sich dagegen wehren würden. Ich begrüße es, daß zum ersten Male seit langer Zeit ein Kommunist hier sachliche Ausführungen gemacht hat. Das zeigt, daß auch bei den Kommunisten sich wachsende Vernunft regt, das zeigt, daß sie im Parlament nicht bloß durch Amnestiegesetze, sondern durch sachliche Arbeit wirken wollen. Wir nehmen ihre Mitarbeit an unserem Amnestiegesetzentwurf gern entgegen. Soweit es sich um die Vergehen vom Kapp-Putsch handelt, von denen der Abg. Geseke glaubt, daß sie unter unseren Entwurf fallen, so überlegt er, daß gar keine Kapp-Verbrecher mehr zu amnestieren sind. Wir sind gern bereit, die Amnestierung auch auf alle Vergehen aus dem Jahre 1924 auszuweiten, unter Voraussetzungen, von denen wir uns bei der Aufstellung unserer Richtlinien haben leiten lassen. Vor allem aber muß endlich Schluß gemacht werden mit jenen Prozessen und den Urteilen, die aus der Inflationzeit stammen.

Schließlich wünschen wir auch die Amnestierung derjenigen, die wegen Landesverrats verurteilt oder angeklagt sind.

Die Anwendung der Landesverratsparagrafen hat in letzter Zeit eine Ausdehnung gefunden, gegen die härtester Protest eingelegt werden muß.

Der Redner verweist u. a. auf die Fälle Zeigner, Gumbel, des „Vorwärts“, des Braunschweiger „Volksfreunds“ und des Hannoverschen „Volkswillens“, wo über Vorgänge in der Reichswehr wahrheitsgemäß berichtet worden ist. Es ist eine unglückliche Verletzung des Rechtsgefühls, wenn gegen jemand vorgegangen wird, der die Wahrheit auspricht, und, wie Gumbel es tat, das sagt, was schon in der Presse berichtet war. Wir beschließen, unabhängig von der heutigen Vorlage eine Interpellation über die Behandlung des Landesverrats einzubringen. Zunächst müssen wir aber ein Ende machen mit den schwebenden Prozessen, die unter unglücklicher Auslegung der Strafgesetze bereits zu schweren Justizhaus- und Festungstrafen geführt haben.

Nach ein Wort zu dem Verfahren, das der Landgerichtsdirektor Vogt gegen den Kommunisten Rahlow einzubringen beabsichtigt. Wie Herr Vogt vorgeht, wissen wir aus dem Bericht des Geschäftsausschusses. Als Mitglied der Deutschnationalen Partei ist er gerade eines der ungeeignetsten Organe der Republik. Trotz der wiederholt in diesem Hause an seiner Tätigkeit geübten Kritik, begeht er immer wieder aufs neue geschwändrige Handlungen.

Es ist festzustellen, daß Rahlow zu jener Zeit, wo er die angebliche Straftat begangen haben soll, in Rußland war. Trotzdem das feststeht, sieht er seit zehn Monaten in Haft, er ist bis heute noch nicht einmal verantwortlich vernommen worden.

Bisher hat kein Zeuge gefunden werden können, der gegen Rahlow irgendetwas hätte aussagen können, das ihn einer hochverräterischen Handlung verdächtigen könnte. Man hält ihn ohne Vernehmung fest, viellecht in der Hoffnung, daß sich doch noch ein solcher Zeuge finden könnte.

Wir berufen uns gegenüber dem Ausland auf das Recht des Friedensvertrages. Denken Sie daran, wie die Position des deutschen Volkes erschwächt wird, wenn wir im Inland nicht Recht üben. Folgen Sie dem Beispiel Frankreichs, das eine großzügige Amnestie gegeben hat, wenn Sie moralische Eroberungen im Ausland machen

Der Gent und das kleine Mädchen.

Zwei moderne Typen.
Von Felix Scherrei.

Der Gent ist von bescheidener Veranlagung, begnügt sich mit der ersten Silbe des englischen gentleman und ist also ein halber, ein Weinaher. Er nimmt seinen Ausgangspunkt von der Verwaltung eines Kontorpostens und bemüht sich, den Eindruck hervorzuheben, als ob er viel Geld habe. Der Gent gedeiht in jeder Gesellschaftsschicht, durchdringt alle Kreise. In seiner Volontärzeit ist er an seinen merkwürdig gebügelten Höfen zu erkennen. Sie haben Falten, die mit Hilfe einer fabelhaften Technik im Bett gepreßt worden sind. Es gibt natürlich verschiedene Gentyppen, die aber alle ein gemeinsames Moment aufweisen: eine tiefe Unbildung, die sich hinter modernen Anzügen und schief sein sollenden Affären verbirgt. Der Gent weiß eigentlich nichts. Vielleicht ahnt er noch aus seiner Geschäftskorrespondenz, daß Brasilien in Südamerika liegt, sehr heißer ist und Mikreis als Währung hat, der „Faut“ könnte aber doch letzten Endes von Schiller sein. Man liebt überhaupt Gedrucktes nicht, höchstens den Kurztitel, der aber auch nie ganz verstanden wird. Dagegen schwärmt der Gent für Sport. Den Breitensträter spricht er nur mit einem Tenorremolo.

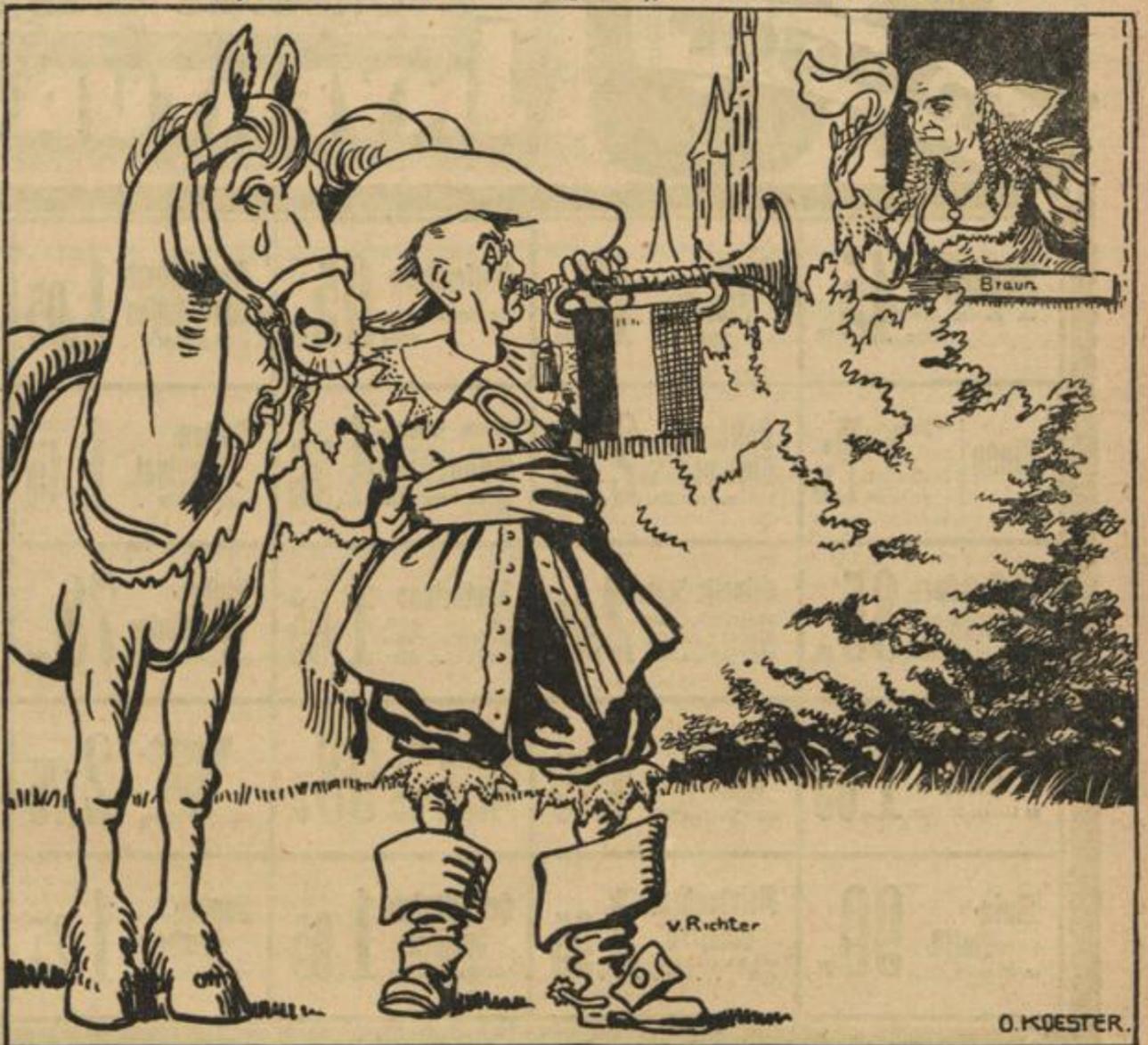
Im Film hat er in gekürzter Form die Anstandslehre verdaut und in der Diele, seinem Salon, zeigt er, was er gelernt hat. Er trinkt dort Koffa oder Vitor und entfaltet noch andere lebensmüde und beizende Eigenschaften. Dabei tanzt er ruhig, mit totentem Gesicht, Würde und Stumm odelt sein Wesen. Allerdings macht er zu tiefe Kniebeugen, kämpft überhaupt ständig mit seinem Temperament. Die Stimme wird mühevoll durch die Nase gehaucht, was als Ausdruck kultivierter Bornchtheit gedeutet werden soll.

Sport und Croit sind die Gentren, um die sein Leben kreist. Proletariat im Salkanzug, mit sauberen Händen, aber Enterte wie der Arbeiter, nur ohne dessen Klassenbewußtsein und Rückgrat, hat er keinen Willen, keinen Trost, kein Aufbegehren. Gefügiges Werkzeug in den Händen der Klugen, abhängig von einer höheren Instanz; unterwürdig, gefügig und liebedienlich dem Herrn gegenüber, ist er anmaßend zu Schwächeren. Trotz eventueller Hornbrille und Bartlosigkeit gleicht er nie einem Gelehrten oder Schauspielers. Scharf geplättete Bügel fallen um den Mund sind sorgsam vor dem Spiegel einstudiert, werden benorruht, weil sie augenblicklich à la hausse notiert werden. Sein größtes Verlangen, als Welt- und Lebenskennner zu gelten, der sich in allen Gassen Europas herumgewälzt hat. Aber ihm fehlen elementarste Voraussetzungen zum Verführer, höchstens in billigen Dieben kann er das Air des Weltkundigen aufrechterhalten.

Er stammt aus der erotisch parfümierten Atmosphäre des Kontors, plätschert dort vergnügt herum und erschöpft sich in mehr oder minder deutlichen Wigen und Anspielungen, deren Pointe die aufgetragen ist und die immer nur das eine Thema umkreisen. Die Frau hat das Kontor umgestaltet, hat es erotisiert, ihm erst die charakteristische Färbung verliehen, aber die Frau ist selbst Opfer des Kontors geworden, hat sich eine Metamorphose gefallen lassen müssen; es entstand das „Kleine Mädchen“, das Pendant zum Gent. Es hat Gehalt gewonnen in diesem Reize von Dollarglanz, Talmaufmachung, Konjunkturnasen und dumpfger Ruffigkeit. Das kleine Kontorfraulein gewann den Sieg über die Verkäuferin, die zur Zeit, da Zola sein „Paradies der Damen“ schrieb, im Zenith ihres Ruhmes stand; das kleine Mädchen ist ein merkwürdiges Kompromiß von Dame und Kleinbürgerlicher Unbedeutendheit. Das Ideal ist die große Dame, und das Blut ist belastet mit traditions-treuer Moralität, mit der Erinnerung an eine Stube, in der viele kleine Geschwister schlafen. Das Leben des kleinen Mädchens bedeutet einen ständigen Kampf um die Eleganz, um die Selbstverständlichkeit freien Aufstretens.

In Haltung und Geste wird irgendein Filmstar kopiert, der gerade als besonders mondän und raffiniert gilt. Die Bewegungen werden gemessenhaft kopiert, aber es fehlt das Maß, der Takt, die Haltung ist zu straff oder forciert nachlässig. Schon bei der Begrüßung beginnt das Maßheur. Entweder beschattet das kleine Mädchen ihr Gesicht zu stark mit Lebensernst oder sie läßt ein über-jorniges Lächeln herumtangieren und dies Schwanken zwischen den Extremen entspringt dem Kompromiß von Damenideal und häuslicher Planelatmosphäre, die nur von wenigen überwandten wird, auch wenn sie Seide tragen. Alles unterstreicht das kleine Mädchen zu stark, sie gibt das meiste im Sperrdruck. Ihr Gang ist eine einzige Pointe, besonders wenn sie sich beobachtet weiß. In den Hüften sitzen Scharniergelenke, die die kollippsigen Reize unentwegt gegen den Oberkörper hin rotieren lassen, und die Hände halten die Zigarette so, daß das elektrische Licht aus den stivvoll manikürten Fingernägeln ein hübsches Bonmot entseffelt.

Abschied von der großen Koalition.



„Behüt' dich Gott, es wär' so schön gewesen —
Behüt' dich Gott, es hat nicht sollen sein!“

Das kleine Mädchen und der Gent sind die Produktion des gleichnamigen Kontorlebens. Beide beschränken sich auf die Inszenierung, glauben damit alles zu erledigen. Bester Schrei der Mode soll fehlendes Gehirnschmalz ersetzen. Persönliche Ruancen scheinen ausgelöscht. Der physiognomische Menschenbrei, durch den sich der europäisch-amerikanische Kulturkreis augenblicklich, auszeichnet, zeigt nur Typen.

Wann erscheint Berlin zuerst auf den Landkarten? Berlin hat um 1240 Stadtrechte erlangt, es hat dem Hanjabund als Mitglied angehört und als Handelszentrum der Mark eine gewisse Bedeutung gehabt; dennoch taucht sein Name erst um 1500 auf der Landkarte auf. Noch auf der dem Nikolaus Cusanus zugeschriebenen großen Deutschland-Karte von 1491 fehlt er. Zuerst ist er auf einer Holzschnittkarte des Nürnberger Kartographen und Sonnenkompos-machers Erhart Gylaub († 1532) zu finden, die nach 1483 und viel-

leicht vor 1492 geschnitten sein dürfte. Sie trägt die Aufschrift: „Das ist der Rom Weg von meyen zu meyen mit puncten ver-zeychnet von eyner stat zu der andern durch deutsche Landt.“ Der Name „Berlin“ mit dem Ortzeichen befindet sich dort, wo die weiter-hin über Regensburg—Rosenheim—Brenner führende Straße auf der Straße Wittenberg—Stettin die Spree kreuzt. Von den großen Weltarten ist die erste, die den Namen Berlin enthält, diejenige des Martin Waldseemüller aus dem Jahre 1507; mit Berlin er-scheint auf dieser Karte, die zuerst den Entdeckungen um die Jahr-hundertwende Rechnung trägt, zum erstenmal auch der neue Erdteil Amerika. Chr. Boigt, der auf Grund der Forschungen Jos. Fischer und Wollenhauers im Organ des Vereins für die Geschichte Berlins diese Mitteilungen macht, erklärt das lange Fehlen Berlins auf den Karten mit der Rückständigkeit der zeitgenössischen Kartographie, die erst des gemaligen Anstoßes der neuen geographischen Entdeckungen bedurfte, um sich allmählich aus ihren Fesseln zu befreien.

Der Sturm auf das Frauenbad.

Von Armin L. Wegner.

Plötzlich tief eine Stimme:
„In den Bädern!“
Ein Zittern lief durch den Leib der Menge. Die Köpfe wandten sich; mit vorgebogenem Hals, ineinandergetrallt, schoben sie sich die Gesse fort. Der vereinsamte Platz füllte sich mit dem Rausch der Reihedraße, über deren zitternde Menschenpaliers die Hände der Flammen tasselten. Der Atem der Tausende leuchtete. Blut stand in den geröteten Augen. Die Vorderseiten, von ihrer Begierde gebeht, jagten über die freie Straße. Die schwarze Masse, zusammengeballt, bebend vor Brunn, folgte ihnen über den Schrei zertretener Kinder, raste den Hügel hinauf, durch die Höhlung, über den Platz und stieß an die Pforte der Bäder.

Das Gebäude lag schweigend mit seinen runden Kuppeln, aus deren Ruten weißer Dampf in die Winterluft stieg. Das kalte Haupt einer Wärterin erschien auf der Schwelle.

„Ruhle sie in der Baud!“
Der Soldat hob das Bajonett. Sie rief die Arme hoch und fiel mit dem Rücken auf die Fliesen. Sie drangen in den gewölbten Raum, auf dessen hölzernen Betten die Frauen, von den heißen Bädern ermüdet, rubben. Blaues Licht fiel durch die Kuppel herab, der Duft von Opium und Zigaretten durchwehte die Kammern. In weiche Lächer gehüllt, erhob sie sich von den Wägen, die übereinandergegestuft in rundem Bogen den Raum umschlossen:
„Seid ihr Rossems? Ist das Eigentum der Frauen euch heilig?“

Die Soldaten suchten. Kaffeeschalen kirtten zu Boden. Ihre Augen Legannen zu sackern, sie zerrissen das Band ihrer Hufe und warfen sich über die nackten Leiber; ihre verwitterten Hände, knor-riges Wurzelwerk, umspannten ihr zartes Fleisch. Das spitze Kratzen der Geschändeter kurchzte die Raum. Ihre bloßen Füße stemmten sich gegen den Bauch der Rasenden, die immer von neuem über die zuckenden Beiter hinflehten.

Vor der Tür des Badehauses, ineinandergekeilt, drängte sich die Menge, die vergeblich verlorchte, die enge Pforte zu sprängen. Aus ihrer Mitte, die schmerzenden Hüften zwischen die Masse geteilt, erhob sich Lufsi; die Baumstämme in der schwächigen Sitru, ihre Köpfe mit Gewalt heisse schiebens, ruberte er mit den Armen:
„Nacht Platz für den Sohn des Bali!“

Als er die Halle betrat, schlug ihm der süße Dampf des Blutes entgegen. Neben der Tür kniete eine junge Mutter und bläkte mit versteinerten Augen auf ihr ermürgtes Kind. Eine schwangere Frau lag auf dem Boden.

Lufsi durchschritt den Raum, dessen Boden von Seifenschäum glänzte; eine Schwäche suchte in seinen Knien. Er stieß die Türen der Bodekammern auf, in denen man die Frauen gesammelt hatte, die für den Bali bestimmt waren. In den marmornen Becken sprudelte heißes Wasser, Rämme und Bürsten lagen auf der Erde verstreut. Mit qualvollen Blicken durchsuchte er die Reihen und er fand sie in der hintersten Kammer.

Sie war nackt. Ihre hohe Gestalt stand gebeugt, und unter den feuchten Haaren irrten die Augen verhört auf ihn zu, während sie die Blöße unter den zusammengerasteten Kleidern verborg. Sie erkannte ihn wieder:

„Ich bin Witwe. Was willst du?“
Sein Herzschlag nahm ihm den Atem. Dann hob er den Kopf.
„Ich will dir helfen, Sirpuhi.“
Er schloß die Tür und winkte der Wache:

„Für den Bali!“
Als er sich wandte, sah er seinen Vater in der Halle stehen. Er breitete die Arme vor die Kammer; ihre Blöße stießen an sich vorüber durch die Luft. Der Bali sagte:
„Ich schenk sie dir. Berna, mein Sohn, wie man Ungläubige tötet.“

Lufsi ließ seine Arme sinken und ein Zittern durchließ ihn bis in die Spitzen der Finger.

Zwei armenische Männer, die man auf der Straße gefangen hatte, wurden hereingeführt. Kurdische Reiter stürzten sich auf sie, um sie zu entleiden. Der Bali hob seine Hand:

„Bindet sie!“
„Soldaten ergriffen die Frauen und schürten sie mit den Män-nern zusammen; man legte sie auf das Bett.
„Schlaf süß, meine Läubchen!“

Sein Degen durchschnitt ihren Hals und verjing sich in den Haaren der Frau. Das Blut Luffis kreiste durch seine Schläfen, mit zögernden Füßen ging er zur Tür, als schritte er über Eis. Der Bali bestieg das Pferd; seine Hufe traten in den Mund der Toten, die die Straße bedeckten. Die Menge teilte sich. Den Hügel hinaufführend rief er:

„Wohlan, meine Kinder! Seid ruhig. Hört nicht auf zu pfändern, zu beten und zu töten für den Sultan!“

In der Dunkelheit lehrte Lufsi zurück.
Er trug einen Frauenmantel über dem Arm, sandte die Wache von dem Eingang der Bodekammer und öffnete die Tür:

„Kommi!“
Vor Kälte zitternd, trat Sirpuhi herous. Sie zog die blutigen Röcke von den Gliedern der Toten und kleidete sich an. Lufsi warf ihren den Frauenmantel über das Gesicht, ihre Haut schauderte unter dem feuchten Tuch.

Sie gingen. Die Straße war schwarz von Leichen. Gewehr-salven tönten aus den armenischen Stadtviertel herüber, eine Gro-nate fuhr von der Zitadelle über die Dächer herab und spie eine Wolke von Staub in die Nacht.

Vor einer Hütte in Migeston blieben sie stehen. Es roch nach verbranntem Menschenfleisch. Die Fensterflügel schrien im Winde. Sirpuhi sagte:

„Wo ist mein Knabe?“
Sie öffnete die Klappe des Wehrtostens, auf dessen Boden ein geheimer Deckel aufschlug. An einem Strick ließ sie sich in das schwarze Loch.

Drei Tage blieb Sirpuhi in den unterirdischen Gängen, die armenische Berschwörer in die Erde gegraben hatten, um sich vor den Ueberfällen der Türken zu schützen. Lufsi warf ihr Essen in einem Sack hinunter. Sie kroch durch die finsternen Wände der Höhlungen, die sich unter den Häusern hinzogen, ihren Knaben zu suchen. Männer und Frauen hockten aneinandergedrängt in der von Unrat stidigen Luft. Bewehre lagen in die Winkel gestapelt, die Gruben waren mit Brot gefüllt. Aber sie hatten kein Wasser.

Es war Nacht, als Lufsi die Zitadelle verließ.

Der gelbe Schein der Petroleumlampe aus dem Zimmer des Bali siderte durch die Spalten der Tür, hinter der er auf seinen Postern ruhte. Zu beiden Seiten des Bettes standen zwei arme-nische Greise seit zwanzig Stunden aufrecht, ohne Speise und Tranf. Wenn sie die Augen öffneten, fiel ihr Blick auf die entblößten Ge-säßen ihrer Töchter, von Rüssen und Radistidigen blutend, in deren Armen der Bali schlief. Sein Kopf, gebläht von Dattelschnaps, war herabgefunten wie das hängende Maul einer Dogge:

„Schaut sie nur, die zuckenden Reiberflüge!“
Seine bligen Augen, blind von der Nacht des Genusses, richteten sich auf das bleiche Gesicht der Greise. Sie schwantten; aber sobald die Kraft sie verließ, stürzten Wachen hervor und brannten sie mit glühenden Eichen im Rücken.

(Schluß folgt.)

